

stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

125

EUR 5,50

ISSN: 2306-9287



+
2022
Winter



04 | **Aushang**
Kurzmeldungen

05 | **Editorial**
Gamze Ongan

06 | **Stimmfrage**
Hakan Gürses

08–11 | **Gibt es eine Globalisierung von Erinnerung?**
Ljiljana Radonić

12–14 | **Verborgene politisieren**
Jo Schmeiser

15–19 | **Gedenkpolitiken in der postmigrantischen Gesellschaft**
Ayşe Güleç

20–21 | **Queere Geschichte sammeln**
Andreas Brunner

22–25 | **Stimme-Talk**
Nadja Dangelmaier und Daniel Wutti im Gespräch mit Cornelia Kogoj

26–29 | **Geschichtsschreibung anhand fragmentierter Erinnerungen**
Christina Hollomey-Gasser und Tuğba Şababoğlu

30–31 | **Lektüre**

32–33 | **Nachlese**
Melanie Konrad

34 | **Groll**
Erwin Riess

Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin und Redaktion:
Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien | Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: Gamze Ongan
Redaktionelle Mitarbeit: Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, mh, Jessica Beer, Raffaela Gmeiner, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig

Kolumnen: Hakan Gürses, Erwin Riess
Grafisches Konzept, Artdirection & Illustrationen: fazzDesign (Fatih Aydoğdu) | fazz@fazz3.net
Lektorat: Daniel Müller | www.syntext.at
Herstellung (Repro & Druck): Donau Forum Druck Ges.m.b.H., Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien |

office@dfd.co.at
Lizenznehmer Österreichisches Umweltzeichen.
Verlags- und Erscheinungsort: Wien |
UW785 Verlagspostamt: 1060 Wien

Anzeigen: Ebru Uzun | office@initiative.minderheiten.at
Aboservice: Ebru Uzun | abo@initiative.minderheiten.at
Jahresabo: EUR 20,- Inland, EUR 30,- Ausland
(für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: EUR 5,50
Web: www.initiative.minderheiten.at
www.zeitschrift-stimme.at
www.instagram.com/initiative_minderheiten
Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: STIMME – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Medieninhaberin und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliedsbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adresse der Medieninhaberin und der Herausgeberin ist im Impressum angeführt.

Sie haben
Fragen an das
Bundeskanzleramt?

@ service@bka.gv.at

0800 222 666
Mo bis Fr: 8–16 Uhr
(gebührenfrei aus ganz Österreich)

+43 1 531 15-204274

Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 1
1010 Wien

Wir trauern um María Cristina Boidi



Widerstandsmomente 2015 | Filmtitel: Sophie Maintigneux

★ 1941 Santa Fé, Argentinien – 2022, Wien, Österreich

Vorbild, Pionierin, Rebellin

Mitgründerin von LEFÖ – Beratung, Bildung und Begleitung von Migrant*innen

Danke für das kritische Vor-Denken und leidenschaftliche Einfordern von Gerechtigkeit in der Gesellschaft und Politik.

Queer Museum Vienna @ VKM Ein Preis für ein Gastspiel

Von Jänner bis August 2022 war das **Queer Museum Vienna** (QMV) zu Gast im Volkskundemuseum Wien. Ziel des Gastspiels war es, einen Ausblick auf ein projektiertes, zukünftiges Haus für queere Kulturgeschichte und Kunst in Wien zu geben. Man suchte unter anderem Antworten auf die Frage, wie sich queere künstlerische Arbeiten, Kultur und Lebensweise zur Volkskunde und deren Musealisierung verhalten. Für dieses Projekt hat nun das Queer Museum Vienna den **Hauptpreis der freien Szene Wiens 2022** erhalten. Und es gibt einen Ausblick auf ein für 2026 geplantes Haus für queere Kulturgeschichte und Kunst in Wien.

Christine Baumann erhielt ebenso einen Förderpreis für die **Kunstzelle mit Programm** – eine ehemalige Telefonzelle, die seit 2006 Raum für künstlerische Installation und Intervention bietet und bisher von 70 Künstler:innen gestaltet wurde.

Mit den von der Stadt Wien finanzierten Preisen der freien Szene will man darauf aufmerksam machen, was „abseits von hoch subventionierter und institutionalisierter Kultur stattfindet“. Insgesamt wurden heuer 54 Projekte zum Preis der freien Szene Wiens eingereicht. Alle Einreichungen wurden in einem Katalog präsentiert und können auch auf der Webseite der IG Kultur Wien online betrachtet werden.

igkulturwien.net
queermuseumvienna.com
rededition.wordpress.com

Einer der beiden Förderpreise ging an das Kollektiv **Red Edition – Migrant Sex Workers Group Theater** und Performance für das Stück *City of Whores*.



Foto: İlim Doğan

Ende der Zeitzeugenschaft?

In der Vermittlung der Geschichte der NS-Verbrechen und der Weitergabe des Gedenkens an nachfolgende Generationen ist – vielleicht auch aufgrund der Unvorstellbarkeit des Geschehenen – der Stellenwert der biografischen Erzählung oft höher als der von Dokumenten, Filmen, Exkursionen zu den Tatorten oder Büchern.

Aus Altersgründen können jedoch nur noch wenige Überlebende der

NS-Herrschaft aus eigener Erfahrung sprechen – oder von jenen Menschen berichten, die im Holocaust ermordet wurden. Was bleibt, sind neben literarischen Zeugnissen unzählige Video- und Audiointerviews der Überlebenden – sowie die Frage, wie Gesellschaften in Zukunft mit dieser Erbschaft umgehen wollen.

Die Ausstellung „Ende der Zeitzeugenschaft?“ des Jüdischen Museums Hohenems und der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg ist nach der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, dem NS Dokumentationszentrum München, dem Jüdischen Museum Augsburg Schwaben und der Stiftung Neue Synagoge Berlin ab Januar 2023 im **Haus der Geschichte Österreich** zu sehen.

Die Ausstellung erkundet die komplexe Beziehung zwischen Zeitzeug:innen und Interviewer:innen. Sie hinterfragt die „Gemachtheit“ der Zeitzeug:inneninterviews und deutet Formen erzählter Erinnerung und ihre gesellschaftliche Rolle seit 1945 vor dem Hintergrund der aktuellen Veränderungen. Ebenso werden Ansätze zu einem zukünftigen, reflektierten Umgang mit Zeugnissen thematisiert.

Kuratiert von:
Anika Reichwald
in Kooperation mit **Miriam Bürer, Hanno Loewy, Christa Schikorra** und **Jörg Skriebeleit**.

Dauer:
27. Jänner bis 3. September 2003
Ort:
Haus der Geschichte Österreich
Neue Burg, Heldenplatz, Wien

Gefördert von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ).

Märchen zum Innehalten

Parvis Mamnun, Schauspieler, Regisseur und Dramaturg, vor allem aber wunderbarer Erzähler orientalischer Märchen, feiert heuer zwei Jubiläen: 1962, vor 60 Jahren, schloss er sein Studium am Wiener Reinhardt-Seminar ab. 1992, vor 30 Jahren, gab er seinen ersten Erzählabend mit einem klassisch-persischen Liebesepos in Wien.

Aus diesem Anlass gibt der „*Entschleuniger*“ im besten Sinn“, wie der damalige Wiener Kulturstadtrat Peter Marboe Mamnun 2017 in der Festschrift „Freude am Erzählen“ nannte, ein Hörbuch als Doppel-CD heraus. „Derwisch-Geschichten“, so der Titel, werden von Mamnun gesprochen und von persisch-klassischer Musik und mit Liedern von Rumi, Saadi und Omar Khajjam (in Nachdichtung von Barbara Frischmuth) begleitet.

Die von der Großmutter des Künstlers mündlich überlieferte Geschichte „Das Wasser des ewigen Lebens“ wird erstmals auf der aktuellen CD veröffentlicht.

Wir gratulieren herzlich zu den beiden Jubiläen!
www.parvismamnun.at



Erinnern heißt verändern

Erinnern heißt verändern. Unter dieser Maxime hat sich die **Initiative 19. Februar Hanau** der Erinnerungsarbeit für die neun Todesopfer des rassistischen Anschlags 2020 verschrieben. Mit dem selben Slogan überklebten jüdische Aktivist:innen 2021, am Jahrestag des Novemberpogroms 1938, 23 nach Nazis benannte Wiener Straßenschilder mit Namen von Widerstandskämpfer:innen.

Das Erinnern an Verbrechen der Menschheit darf sich nicht in Pflichterfüllung, in der „Harmonie der Vergangenheitsbewältigung“^[1] erschöpfen. Der Sinn des Gedenkens kann nur in seinem Beitrag liegen, die Wiederholung der Verbrechen, an die erinnert wird, zu verhindern, „die Erinnerung an das Geschehene, an das Vergessene, an das stets Verschwiegene, an die Ursachen und die Folgen, an das Davor und Danach zu nähren, zu pflegen, zu bewahren“.^[2]

Im vorliegenden Schwerpunktheft kommen Wissenschaftler:innen, Aktivist:innen und Künstler:innen zu Wort, die sich aktiv für würdige Erinnerungskulturen engagieren.

Gibt es ein globalisiertes Erinnern? Das Forschungsprojekt „Globalized Memorial Museums“ an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften vergleicht weltweit 50 Museen, die sich dem Zweiten Weltkrieg sowie den Genoziden in Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien widmen. Die Projektleiterin **Ljiljana Radonić** beschreibt, wie die Art des Erinnerns mit der jeweiligen nationalen Identitätspolitik einhergeht.

Im Jahr 2016 begann der Aufbau eines Migrationsarchivs in Innsbruck. Die Sozialanthropologin **Christina Hollomey** und die Germanistin **Tuğba Şababoğlu**, beide vom **Dokumentationsarchiv Migration Tirol**, berichten über die Herkunft der Bestände und die Unmöglichkeit einer lückenlosen Erzählung.

Was will ich sehen? Und was will ich, ohne es zu wissen, *nicht* sehen? Zwei von mehreren Fragen, die laut der Filmemacherin und Künstlerin **Jo Schmeiser** beim politischen Erinnern zu stellen sind.

Erinnerungsarbeit für die Opfer rechtsextremer Gewalt – Stichwort sogenannte NSU-Morde oder Hanau 2020 – wird vor allem von Angehörigen und ihren Verbündeten geleistet. Die Pädagogin und forschende Aktivistin **Ayşe Güleç** berichtet von Forderungen an eine angemessene Erinnerungspolitik.

Zu Erinnerungskulturen im Kärntner Grenzraum forschen und publizieren **Nadja Danglmaier** und **Daniel Wutti**. **Cornelia Kogoj** sprach mit ihnen über die Weitergabe von Traumata an die Nachfolgegenerationen und grenzüberschreitende Erinnerungsarbeit.

In institutionalisierten Archiven finden minorisierte Gruppen oft nur marginalisierten Raum. Der Historiker **Andreas Brunner**, Co-Leiter von **QWIEN – Zentrum für queere Geschichte**, betont die Rolle selbstorganisierter Community-Archive als Orte einer historischen Gegenerzählung.

Nicht zuletzt fasst **Melanie Konrad** in der **Radio-Stimme-Nachlese** die Diskussionsveranstaltung „Erbte Biografien im Land der Täter:innen“ mit **Anna Goldenberg**, **Samuel Mago** und **Peter Schwarz** zusammen.

In eigener Sache

Mitte Oktober 2022 mussten wir uns mit einem Unterstützungsappell an Freund:innen und Verbündete der **Initiative Minderheiten** wenden.

Unser Hilferuf löste eine unbeschreibliche Welle an Solidaritätsbekundungen aus. In kürzester Zeit gewannen wir so viele neue Mitglieder und Stimme-Abos, erhielten so viele Spenden, sodass Sie nun dieses Heft, dessen Produktion ebenso in Gefahr war, in Händen halten können. Dafür sind wir sehr dankbar.

Viele wichtige NGOs, so auch die **Initiative Minderheiten**, sind von staatlichen Förderungen abhängig. „Minderheitenpolitische Standpunkte haben einen Mehrwert für die Gesamtgesellschaft, vor allen Dingen im Verhindern von Rechts- und autoritären Entwicklungen“, wie der Schriftsteller und Aktivist der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung **Erwin Riess** festhält – und sein Alter Ego **Groll** unterstreicht: „Die Demokratie bedarf einer gesetzlich garantierten Förderung von Widerspruch“ (Seite 34).

Davon sind wir aber noch weit entfernt und benötigen weiterhin Ihre Unterstützung. Spenden Sie bitte jetzt, abonnieren Sie die **Stimme**, werden Sie Mitglied der **Initiative Minderheiten**. Damit wir uns auch in Zukunft für die Stärkung von Minderheitenrechten einsetzen können.

Wir bedanken uns sehr herzlich und hoffen auf ein Wiederlesen im neuen Jahr.
Gamze Ongan | Chefredakteurin

^[1] Joshua Schultheis: Erinnern heißt Verändern. In: www.juedische-allgemeine.de, 3. 2. 2022.

^[2] Nevroz Duman und Ibrahim Arslan (2021): Von Mölln bis nach Hanau: Erinnern heißt verändern. In: Rechter Terror. Warum wir eine neue Sicherheitsdebatte brauchen. Hg. v. Heinrich-Böll-Stiftung und Amedeu Antonio Stiftung.

Minoritäre Allianzen damals – und heute

Jüngst veranstaltete die *Initiative Minderheiten* eine Tagung im Wiener Volkskundemuseum zum Thema „minoritäre Allianzen“. Unter diesem programmatischen Namen schlägt die Organisation seit dem „Minderheitenjahr 1994“ einen Orientierungsrahmen für politisches Handeln vor. Interessant war für mich auf der Tagung zu beobachten, wie anders heute, nach knapp 30 Jahren, eine junge Generation von Minderheiten-Aktivist*innen diesen Terminus aufnahm. Wir hatten ihn jedenfalls in einer besonderen Zeit und politischen Konstellation eingeführt.

Am Anfang der 1990er Jahre war die Welt plötzlich *unipolar*, es gab nur mehr den „Westen“, und für die außerparlamentarische Politik schien die „Klasse“ als zentrale Achse von Kämpfen ziemlich lädiert. Dafür bildeten die sogenannten neuen sozialen Bewegungen nach und nach den Hintergrund neuartiger politischer Theorien und Organisationen. Viele partikulare emanzipatorische Gruppen brachten ihre Forderungen in die politische Agenda ein, ohne dafür ein universal gültiges und zwingendes „Gesetz“ vorweisen zu müssen. Es ging um *ihre* Rechte, und sie fanden die Legitimierung dafür in *ihrer eigenen* Geschichte der Diskriminierung und Unterdrückung. Kritik am Eurozentrismus, am kolonialen Erbe und dem Orientalismus ging mit allmählich entstehenden *transversalen* Verbindungen zwischen den sozialen Bewegungen einher.

Unterdessen war die österreichische Gesellschaft offiziell und öffentlich mit dem Hauptthema „Ausländer“ beschäftigt. Der politisch, medial sowie wissenschaftlich geführte Diskurs über Migration, vor allem Migrant*innen, bestimmte die Tagesordnung. Einen der Höhepunkte dieser polarisierenden Thematik bildete wohl das „Ausländervolksbegehren“ der FPÖ unter dem Titel „Österreich zuerst“, welches Anfang 1993 von fast 420.000 Personen unterschrieben wurde. Der erste Punkt lautete dabei: „Österreich ist kein Einwanderungsland.“ Die lauteste Reaktion darauf kam von der frisch gegründeten Plattform *SQS Mitmensch*: die Demonstration „Lichtermeer“ im Jänner 1993, an der rund 300.000 Personen teilnahmen.

Davor und lange danach blieb hierzulande das paternalistisch ausgeprägte und anwaltschaftlich umgesetzte Hilfe-Konzept ausschlaggebend. Eine Art „Licht ins Dunkel für ausländische Mitbürger“ war die Normalität. Die *Initiative Minderheiten* wollte just diese Anwaltschaft nicht für sich beanspruchen; die Idee war, eine Plattform bereitzustellen, auf der sich die Minderheiten selbst ausdrücken, ihre Anliegen thematisieren und über ihre Gemeinsamkeiten, Überlappungen, ähnliche Interessen und Ziele, aber auch Differenzen diskutieren sollten. Keine Minderheitenpolitik, sondern eine Politik der Minderheiten, die auf einer minoritären Allianz gründete.

25 Briefbomben, drei Sprengfallen, vier ermordete und 13 zum Teil schwer verletzte Menschen zwischen Dezember 1993 und Dezember 1996, dieser Terror der „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ (die sich am Ende als ein Einzeltäter entpuppen sollte) gegen Minderheitenangehörige und ihre Verbündeten sowie die zunehmend zum Rassismus neigende „Gesamtstimmung“

und die immer strikter werdenden „Fremden- und Aufenthaltsgesetze“ machten eine Art Vernetzung zum Selbstschutz erforderlich. Auch hier zeigte sich die Notwendigkeit einer Allianz der Minderheiten. Doch wer sollte sich mit wem vernetzen?

Die *Initiative Minderheiten* hatte bereits bei ihrer Gründung klargestellt: Unter dem Terminus *Minderheit* verstand man neben den autochthonen Volksgruppen durchweg auch soziale, sexuelle oder Religionsgruppen, denen Diskriminierung widerfuhr – und Migrant*innen, die sogenannten *neuen* Minderheiten.

Diese Definition war allerdings für die Öffentlichkeit nicht selbstverständlich. Auch ein Teil der Volksgruppen-Vertreter*innen lehnte es ab, mit diesen Gruppen in einem Atemzug, geschweige denn unter einem gemeinsamen rechtlich-politischen Terminus erwähnt zu werden. Auch das machte für uns das Forcieren einer minoritären Allianz erforderlich: zur gegenseitigen Anerkennung diskriminierter Gruppen als Minderheiten. (Zeit-)Historische Gemeinsamkeiten, Diskriminierung als gemeinsame Erfahrung, Notwendigkeit einer selbstbestimmten Politik ... Diese Argumente führten wir für die Allianz ins Treffen. Das wichtigste Argument war aber ein *strukturelles*.

Allianzen können unterschiedliche Motive haben – etwa ein normatives Motiv wie Solidarität; ein pragmatisches wie das Bündeln der knapp bemessenen Kräfte; ein strategisches wie der Wille, sich nicht spalten zu lassen, etc. Der wichtigste Beweggrund für die minoritäre Allianz war und ist jedoch aus meiner Sicht eine *strukturelle Mengenlehre*.

Das Wort „Minderheit“ verweist auf keine essenzielle Gemeinschaft mit besonderen Eigenschaften, sondern sie ist eine Kategorie, die ein Verhältnis ausdrückt. Beide Seiten des Verhältnisses, die *Minderheit* wie die *Mehrheit*, können nur angesichts der jeweils anderen Seite begriffen werden. Wenn eine Gruppe von Personen aufgrund verschiedener Herrschaftsbeziehungen, Machtstrategien, politischer Kalküle oder sozialer Mechanismen *minorisiert* wird, so wird die entsprechende Gegengruppe aus denselben Motiven *majorisiert*. Minderheit und Mehrheit sind also keine festen Gruppen oder Gemeinschaften, sondern Funktionen, die von wechselnden Personengruppen in wechselnden Verhältnissen ausgeübt werden. Eine *queere* Person kann im nationalen/ethnischen Sinne der Mehrheit angehören und etwa bei der Diskriminierung von Migrant*innen mitspielen – und *vice versa*.

Wenn ich potenziell Angehöriger einer Minderheit und einer Mehrheit zugleich sein kann, ist eine konsequente Politik der Minderheiten nur durch eine Allianz mit anderen Minderheiten zu bewerkstelligen – dass ich also mit meinen potenziellen Gegner*innen gemeinsam gegen eine Struktur kämpfe, welche auch *Macht* genannt werden kann. Das ist wohl nicht dasselbe, was heute unter *allyship* verstanden wird.

Kann jener gegenwärtige politische Zugang, der eine essenzielle Mehrheit (weiß, heterosexuell, dem Mittelstand angehörend, männlich ...) als quasi natürliche Gegnergruppe festlegt, mit der minoritären Allianz etwas anfangen?



ERINNERN
HEIßT
VERÄNDERN

Gibt es eine Globalisierung von Erinnerung?

Im Zeitalter der Globalisierung wird angenommen, dass historische Ereignisse auch in entfernten Ländern erinnert werden, und bei der Art, wie in zeithistorischen Museen und Gedenkstätten mit traumatischen Ereignissen umgegangen wird, scheint es internationale Trends zu geben. Der Holocaust diene als „negative Ikone“ oder als Vorbild für das Thematisieren/Ausstellen anderer Massenmorde. Aber ist das so?

Das Projekt „Globalisierte Gedenkmuseen“^[1] untersucht 50 Museen auf vier Kontinenten. Der Fokus liegt dabei auf Museen, die dem Zweiten Weltkrieg gewidmet sind, mit außereuropäischem Schwerpunkt auf China und Japan, sowie der Musealisierung der Genozide in den 1990er Jahren in Ruanda und Bosnien-Herzegowina. Inwiefern übernehmen letztere Museen Trends aus Holocaust-Museen oder begreifen die eigene Bevölkerung als die „neuen Juden von heute“? Um einen eurozentrischen Blick auf die verschiedensten kulturellen Kontexte und Museen zu vermeiden, vergleichen ForscherInnen z. B. mit ruandischem oder japanischem Hintergrund die Museen im jeweiligen Land untereinander und wir stellen sie dann in den größeren Kontext der Frage nach der „Globalisierung der Erinnerung“.

Den Ausgangspunkt bildet das Verständnis von Museen als Flaggschiffe nationaler Identitäts- und Geschichtspolitik, die nie Geschichte, wie sie „wirklich“ war, „authentisch“ einfangen können. Denn Erinnerung ist immer eine Art von Instrumentalisierung von Geschichte für die (identitätspolitischen) Bedürfnisse der Gegenwart. Es kommt dabei darauf an, wie offen oder autoritär und wie nah am Stand der historischen Forschung die Vergangenheit in Demokratien einerseits und autoritären Regimen andererseits verhandelt wird – und wie stark marginalisierte Geschichten inkludiert oder ausgegrenzt werden. Zeithistorische Museen und Gedenkstätten sind wichtig für die Aufarbeitung der Vergangenheit, Demokratieerziehung und politische Bildung, aber sie sind – gerade auch deshalb – immer politische Orte.

Genozide in Ruanda und Bosnien-Herzegowina ausstellen

Dabei hat sich gezeigt, dass beim Ausstellen der neueren Genozide tatsächlich verschiedene Verweise auf den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust zu finden sind. So haben ruandische Behörden zwei britische Experten für Holocaust-Ausstellungen vom Aegis Trust mit der Ausstellung im staatlich finanzierten *Kigali Genocide Museum* beauftragt. Wie der Projektmitarbeiter Eric Sibomana herausgearbeitet hat, erzählt die Ausstellung nicht nur die eigene Geschichte, sondern enthält auch Abschnitte über den Massenmord an den Herrero in Namibia 1904–1905, den Holocaust, Kambodscha 1975–1979 sowie „den Balkan“ in den

^[1] www.oaaw.ac.at/projects/gmm (Stand: 2. 12. 2022)



Wand mit Privatfotos im Kigali Genocide Museum | Foto: Eric Sibomana.

1990er Jahren. Auch die Ausstellung in der bosnischen Genozid-Gedenkstätte Srebrenica-Potočari wurde in Zusammenarbeit mit „westlichen“ ExpertInnen, hier der niederländischen Gedenkstätte für das ehemalige NS-Lager Westerbork, erarbeitet.

Beide Dauerausstellungen, in Kigali wie in Srebrenica, enthalten Elemente, die aus Holocaust-Museen bekannt sind, wie den Fokus auf individuelle Schicksale der Verfolgten und ihre privaten Fotos aus der Zeit, bevor sie zu Opfern wurden. So finden sich in Kigali Wände voller solcher Fotos, die Eric Sibomana zufolge dem Museum von Familienangehörigen übergeben wurden. Diese Installation erinnert stark an den „Tower of Faces“ im *US Holocaust Memorial Museum* – ebenfalls eine Wand voller privater Fotos aus dem 1941 von den Nazis ausgelöschten jüdischen Dorf Eišiškės im heutigen Litauen,

welche die Enkelin des Dorffotografen ausfindig gemacht und dann dem amerikanischen Museum übergeben hatte. Die Srebrenica-Ausstellung thematisiert ferner die Leere, die der Genozid hinterlassen hat. Während KZ-Gedenkstätten in früheren Jahrzehnten die Opfer vor allem als im Kampf für die Freiheit Gefallene, als Helden oder Märtyrer begriffen, vermeiden Holocaust-Museen solche Sinnstiftungsversuche – und das dient in Srebrenica eben als Vorbild.

Die Ausstellungen in Kigali und in Srebrenica setzen nicht auf die Präsentation der eigenen Opfer als Juden von heute. Auf diese Strategie der Gleichsetzung setzt hingegen das private *Museum of Genocide and Crimes Against Humanity* in Sarajevo. Eines der ersten Exponate zeigt zwei Fotos nebeneinander: eins von einem jüdischen Jungen aus dem Warschauer Ghetto, der Armbinden

mit Davidstern verteilt, und eins von einem Mann mit einer weißen Armbinde aus dem Bosnienkrieg. Die serbische „Vernichtungs-Kampagne“ in der bosnischen Stadt Prijedor habe zum ersten Mal seit der Nazi-Verordnung für polnische Juden 1939 „eine ethnische oder religiöse Gruppe so zur Vernichtung markiert“, so das bosnische Museum. Interessanterweise findet der Vergleich nicht mit dem Schicksal der Jüdinnen und Juden aus Sarajevo statt, die ebenfalls im Holocaust vernichtet wurden, sondern mit der globalen Negativikone Warschauer Ghetto. Wenn die Serblinnen als die neuen Nazis von heute dämonisiert werden, verstellt das jedoch den Blick darauf, dass im Bosnienkrieg nicht nur SerbInnen, sondern auch KroatInnen und BosniakInnen bewaffnet gekämpft und auch Verbrechen begangen haben, wenn auch keinesfalls in einem mit dem serbischen Genozid vergleichbaren



Weiblicher Schindler im Peking Museum of the War of Chinese People's Resistance against Japanese Aggression | Foto: Markéta Bajgerová.

Ausmaß. Zusammenleben im heutigen Bosnien wird durch solche eine Dämonisierung erschwert. In den Museen über die Genozide der 1990er Jahre finden sich also sowohl Gleichsetzungen mit dem Holocaust, die über entscheidende Unterschiede hinwegsehen, als auch die explizite Vermeidung solcher Gleichsetzungen unter Einsatz musealer Zugänge, die Holocaust-Museen zum Vorbild nehmen, um sinnloses individuelles Leid und Leere auszustellen.

Den Zweiten Weltkrieg und Holocaust in China und Japan ausstellen

Das internationale Projektteam untersucht auch, wie der Zweite Weltkrieg in China und Japan ausgestellt wird sowie ob sich dort ebenfalls internationale Referenzen, insbesondere auf den Holocaust, finden. Ein Thema, das sowohl in Korea, Japan und China als auch von dort ausgehend im „Westen“ Eingang in die Debatten gefunden hat, ist jenes der sogenannten „comfort women“, der von der japanischen Armee im Zweiten Weltkrieg gehaltenen Sexzwangsarbeiterinnen.

André Hertrich hat gezeigt, dass das Thema in Japan in den staatstragenden Museen nach wie vor tabuisiert ist und es sich vor allem das kleine private *Women Action Museum* in Tokyo zum Thema gemacht hat – mithilfe der bereits bekannten Musealisierungstechniken, wie einer Wand voller Privatfotos der Frauen als heutige Überlebende.^[2] Markéta Bajgerová Verly hat im Rahmen des Projekts herausgearbeitet, dass in den letzten Jahren – viel später als z. B. in Korea – die Erinnerung an die „comfort women“ auch in China Einzug gehalten hat. Sie deutet das vor allem im Kontext der chinesischen Bemühungen um Anerkennung der „comfort stations“ als UNESCO-Weltkulturerbe – durch-

aus also als einen Ausdruck der „Globalisierung der Erinnerung“, jedoch vor dem Hintergrund der aktuellen inländischen identitätspolitischen Bedürfnisse.^[3]

Verweise auf den Holocaust finden sich in Japan und China auf mehreren Ebenen. Erstens gibt es Museen, Ausstellungen und Gedenkorte, die dem Holocaust gewidmet sind. In Japan dokumentierte André Hertrich etwa das *Fukuyama Holocaust Education Center*, das *Auschwitz Peace Museum* in Shirakawa oder die protestantische *Anne [Frank]'s Rose Church* in Amagasaki, in der Asche aus Auschwitz und Majdanek im Altar aufbewahrt wird.^[4] In China untersucht Bajgerová Verly

etwa die im *Peking Museum of the War of Chinese People's Resistance Against Japanese Aggression* 2013 eingerichtete temporäre Ausstellung über Auschwitz, die den Eindruck erweckt, China habe bei der Rettung europäischer Jüdinnen und Juden eine herausragende Rolle gespielt.

Diese Betonung chinesischer oder japanischer „JudenretterInnen“^[5] ist auch auf der zweiten Ebene anzutreffen, in Dauerausstellungen und Debatten über den Zweiten Weltkrieg im Allgemeinen, in denen der Holocaust nur am Rande vorkommt. Diese RetterInnen werden vielfach als „chinesische“ oder „japanische Schindler“ bezeichnet, auch wenn es sich im Gegensatz zum deutschen Besitzer einer Emaille-Fabrik in Krakau, Oskar Schindler, nicht um Unternehmer handelte, die Jüdinnen und Juden als ZwangsarbeiterInnen anforderten und so retten konnten.

So wird, wie Bajgerová Verly herausgearbeitet hat, John Rabe, der deutsche Vertreter von Siemens in Nanjing, der während des Nanjing-Massakers 1937 eine internationale Schutzzone in Nanjing errichtete, von dem seiner Person gewidmeten Museum in seiner früheren Residenz als der „Schindler von Nanjing“ bezeichnet. Auch die chinesisch-belgische Wissenschaftlerin Qian Xiuling, die in Belgien ihre noch aus China stammenden Kontakte zu einem Nazi nutzte, um politische Gefangene zu retten, wird im Peking Widerstandsmuseum als „weiblicher Schindler“ bezeichnet. Der chinesische Generalkonsul in Wien, Ho Feng-Shan, der Jüdinnen und Juden mit Visa für Schanghai das Leben rettete, gilt ebenfalls als „Chinas Schindler“.^[6] Als „Japans Schindler“ gilt Chiune Sugihara, der als japanischer Konsul in Litauen rettende Visa ausstellte.^[7] Filme wie Steven Spielbergs „Schindlers Liste“ von 1993 haben Holocaust-Verweise zu einem globalen Phänomen gemacht.

Die dritte Ebene, auf der in China und Japan implizit auf den Holocaust verwiesen wird, ist die Art

der Musealisierung von Krieg und Massensterben. Während etwa in der alten Ausstellung im *Hiroshima Peace Memorial Museum* mehr grauenerregende Fotos von Skeletten enthalten waren, setzt die 2019 überarbeitete Dauerausstellung nun vermehrt auf individuelle Geschichten von Überlebenden sowie Namen, Objekte und Privatfotos der Opfer vor dem Atombombenabwurf. In China nannten die MacherInnen der neuen Dauerausstellung der *Nanjing Massacre's Memorial Hall* das israelische Holocaust-Museum *Yad Vashem* als Vorbild. Wie in der „Halle der Namen“ in Jerusalem finden sich auch hier nun Ordner mit den Namen der Opfer sowie eine Wand mit ihren Privatfotos.

All diese Beispiele zeigen, dass durchaus von einer „Globalisierung der Erinnerung“ gesprochen werden

kann. Auf den Holocaust wird in den hier untersuchten vier Ländern jedoch auf verschiedenste Weise verwiesen – vom Vorbild für die Musealisierung der eigenen Leiderfahrung bis hin zu explizitem Verständnis von der Wir-Gruppe als den „neuen Juden“ im bosnischen Kontext. Jeder Erinnerungstopos wird letztlich so verwendet, wie es für die nationale Identitätspolitik gerade sinnvoll erscheint – und ist daher ein Politikum.

Ljiljana Radonić leitet am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften ein vom European Research Council (ERC) finanziertes Projekt über „Globalisierte Gedenkmuseen“. 2021 erschien ihre Habilitation „Der Zweite Weltkrieg in postsozialistischen Gedenkmuseen. Geschichtspolitik zwischen der ‚Anrufung Europas‘ und dem Fokus auf ‚unser‘ Leid.“ De Gruyter 2021 (Open Access).

Für einen neuen, anderen
Blick auf die Welt

BLICK
WECHSEL

VIDEO PODCAST



Aktivist*innen, Journalist*innen,
Wissenschaftler*innen aus dem
Globalen Süden eröffnen uns
neue Einsichten

Verborgenheit politisieren

Perhaps the immobility of the things that surround us is forced upon them by our conviction that they are themselves and not anything else, by the immobility of our conception of them. For it always happened that when I awoke like this, and my mind struggled in an unsuccessful way to discover where I was, everything revolved around me through the darkness: things, places, years. ^[1]

Marcel Proust liegt im Bett und träumt diese Zeilen im verdunkelten Zimmer, stelle ich mir vor. Er diktiert den Text, weil er zu schwach ist, ihn selbst aufzuschreiben. Eine meist ungenannte Frau, Céleste Albaret, kümmert sich um ihn. Sie pflegt ihn, kocht, macht sein Zimmer sauber, wie ich erst kürzlich erfahre. Ordnet auch seine Manuskripte. Simone Bader und ich wissen das noch nicht, als wir das Proust-Zitat unserem Dokumentarfilm **Things. Places. Years.** über Jüdische Frauen in London voranstellen.^[2] Deshalb noch einmal, mit dieser Information, hier in der Stimme.

Politisches Erinnern braucht als Technik die Wiederholung. Wieder und wieder muss das, was es zu erinnern gilt, neu überlegt, gezeigt und debattiert werden. Die Formen des Zeigens und Erinnerns müssen kritisch untersucht werden. Aber vor allem anderen ist das vielleicht wichtigste Moment, sich die eigene Geschichte und gesellschaftliche Positionierung, von der aus erinnert wird, genauer anzuschauen und sie bei der Arbeit über die Vergangenheit mitzudenken. Was will ich sehen? Was kann ich sehen? Was kann ich, ohne den Blick von anderen, *nicht* sehen? Und was will ich, ohne es zu wissen vielleicht, *nicht* sehen?

Als wir Katherine Klinger anrufen und fragen, ob sie eine der Protagonistinnen unseres Films sein will, sagt sie, dass sie eine unmittelbare Aggression uns gegenüber spürt. Ein wichtiges Gefühl, über das sie gerne sprechen will, wenn wir uns treffen, sagt sie noch, bevor wir einen Termin ausmachen und das Telefonat beenden. *An immediate suspicion, aggression and a need to test you out – as to who exactly are you.* Dieser Satz stellt mein Weltbild auf den Kopf. Ich bin politisch, engagiere mich, setze mich mit der Vergangenheit auseinander. Und trotzdem. Es ist mir entgangen, dass ich mich mit dem Nazismus abseits der eigenen

Familiengeschichte beschäftigt habe. Mein Engagement ist nicht frei von persönlicher Verstrickung in Geschichte, von unbewusster Bearbeitung und Verdrängung. *Everything I have done in my life I have done for myself*, wird Katherine Klinger später sagen, seither mein Leitsatz für kritische Selbstreflexion im politischen Engagement.

Ein Mann läuft bloßfüßig über den Asphalt. Ich höre ihn atmen, er läuft und läuft, und ich frage mich, wo seine Schuhe sind und ob das Laufen auf dem harten Untergrund nicht schmerzhaft ist. Das andauernde und sich wiederholende Bild des Laufens mit dem Atmen des Läufers ist der Anfang von Jonathan Perels Dokumentarfilm *Camuflaje*,^[3] in dem der Protagonist Félix Bruzzone sich das Areal des *Campo de Mayo* erschließt, es sich durch Gespräche mit anderen Personen, denen er begegnet und



Widerstandsmomente | Foto: Jasmin Trabichler

mit denen er ein Stück des Weges gemeinsam geht, stehenbleibt, weiterläuft, *vergegenwärtigt*. Auf dem *Campo de Mayo* nahe Buenos Aires wurden 1976–1983 unter der argentinischen Militärdiktatur Tausende eingesperrt, gefoltert und ermordet. Viele von ihnen sind *Desaparecidos* und *Desaparecidas*, Verschwundene, deren familiäre, freundschaftliche und politische Kontexte bis heute nicht wissen, wo und wie sie starben.

Félix Bruzzone war drei Monate alt, als seine Mama verhaftet und auf den *Campo de Mayo* gebracht wurde. Wir begegnen wirklichen Personen, die heute auf diesem Areal Dinge tun. Überlebenden, einem Naturforscher, einer Künstlerinnengruppe. Ihre Geschichten sind wahr und Jonathan Perel dokumentiert sie für uns. Aber wir treffen mit Félix Bruzzone auch auf erfundene Personen. Sie wurden geschrieben, um uns Geschichten zu erzählen, die möglich sein könnten und es vielleicht auch sind, wären Regisseur und Protagonist zur richtigen Zeit am richtigen Ort mit der Kamera gewesen. *Fiktion nicht als Phantasie, sondern als Entfaltung der Wirklichkeit*, hat Rúbía Salgado das einmal genannt.

Eine Frau sammelt Erde auf dem *Campo de Mayo*. Sie verkauft die

Erde an Touristen und Touristinnen. Félix Bruzzone fragt, ob das funktioniert und ob sie davon leben kann. Sie hat schon vieles probiert, antwortet ihm die Frau in der Kapuzenjacke. Aber ja, es funktioniert, sie bereitet die Erde auf, füllt sie in Glasröhrchen, benennt diese und erzählt den Käuferinnen und Käufern, wo sie die Erde gefunden hat. Erzählt ihnen die Geschichte des *Campo de Mayo*. Wie ein Stück der Berliner Mauer, sagt sie. Der Film lässt keinen Zweifel daran, dass wir eine Schauspielerin sehen. Er lässt uns darüber nachdenken, wie wir uns zu dem Geschehenen in Beziehung setzen. Betrifft es uns und wie sind wir betroffen? Wenn wir etwas selbst nicht erlebt haben? Wenn dieses Etwas vor 80 Jahren war? Wenn unsere Familie zu den Tätern und Täterinnen gehörte? Wenn ...? Was hat mich eigentlich in den Film geführt, in dieses Gestrüpp aus Gegenwart und Vergangenheit, durch das sich Félix Bruzzone kämpft?

Ich trage mehrere Geschichten mit mir, in mir. Welche Bedeutungen ich ihnen gebe, geben kann, liegt bei mir und der Bereitschaft, unter dem Blick der anderen auch Unreflektiertes, Unbeabsichtigtes anzuerkennen. Die Geschichten sprechen auf der Couch und auf dem Schreibtisch miteinander, gegeneinander, und

die Verborgenenheiten, die bei der Arbeit mit Migrantinnen, Kolleginnen, Freundinnen auftauchen, sind wie in *Camuflaje* Tarnungen und Wahrheiten zugleich. Eine Mutter, die bei einem Autounfall verunglückt, als ich drei Monate alt bin. Eine Oma, bei der ich die ersten Jahre aufwachse. Ein Vater, der nach einer Gehirnblutung neu sprechen und schreiben lernt. Ein Opa, der ein begeisterter Nazi ist. Eine Mutter, die ich erst mit vier Jahren kennenlerne. Ihre Großmutter überlebt das KZ Ravensbrück. Groß schaut auf uns Kinder, wenn die Eltern nicht da sind, und schimpft, wenn wir ein kapitalistisches Eis am Stiel kaufen. Die Jacke, die Groß für ihre Tochter Mila 1941 im Polizeigefängnis in Graz strickt, ist der Ausgangspunkt für meinen Dokumentarfilm *Widerstandsmomente* über Frauen im Widerstand gestern und heute.^[4]

María Cristina Boidi, eine Protagonistin des Films, setzt sich zu Anna Čadia in Beziehung und findet Unvergleichbarkeiten, Unterschiede, aber auch Berührungspunkte. Anna Čadia ist im kommunistischen Widerstand gegen die Nazis aktiv. María Cristina Boidi engagiert sich in der Gewerkschaft *Trabajadores de la Educación* und wird 1975 in Santa Fe verhaftet und gefoltert. 1979 verlässt

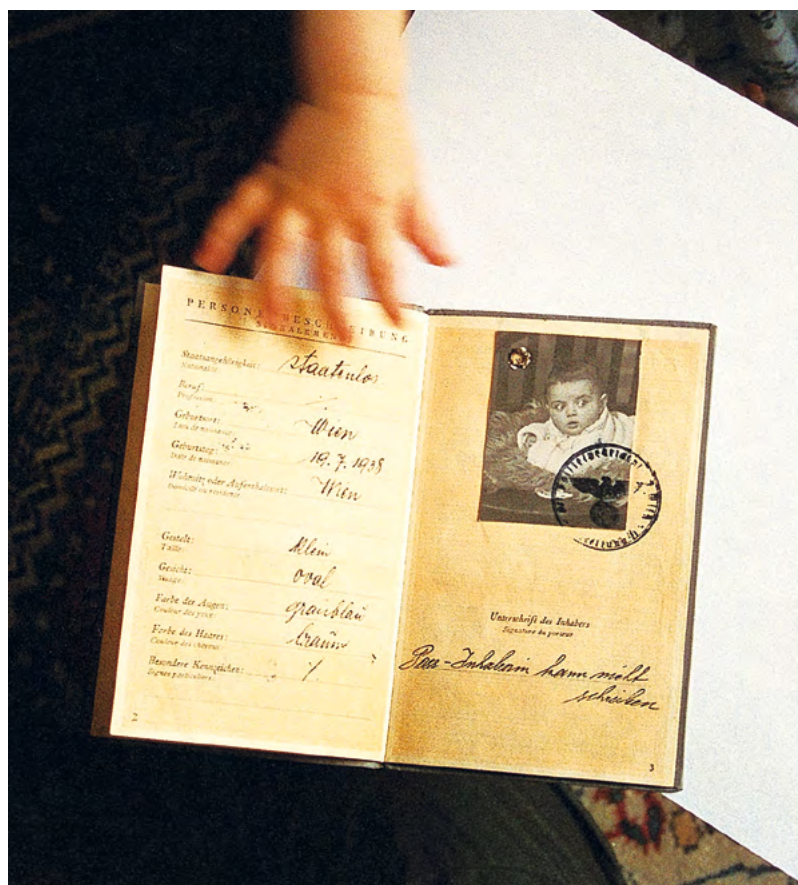
^[1] Marcel Proust, *Remembrance of Things Past*: 1, translated by C. K. Scott Moncrieff and Terence Kilmartin, London 1981:6.

^[2] *Things. Places. Years.*, 70 Min., A/GB 2004. Regie: Klub Zwei, Simone Bader, Jo Schmeiser; Kamera: Anita Makris, Daniel Pöhacker, Rainer Egger; Ton: Daniel Pöhacker; Schnitt: María Arlamovsky; Produktion: Amour Fou, Alexander Ivanceanu, Gabriele Kranzelbinder; Vertrieb: sixpackfilm.

^[3] *Camuflaje*, 93 Min., AR 2022. Regie, Drehbuch: Jonathan Perel; Kamera: Joaquin Neira; Ton: Andrés Marks, Sebastián Lipszyc; Schnitt: Pablo Mazzolo; Produktion: Alina Films, Off the Grid; Vertrieb: Compañía de Cine.

sie Argentinien mit einem Visum für Österreich, das ihre Familie organisieren kann. Bis zuletzt weiß sie nicht, ob das Flugzeug wirklich nach Wien fliegt.^[5] María Cristina Boidi bemerkt, dass Anna Čadia immer wieder von *Glück* spricht. Im Widerstand, in der Haft, im KZ. Wenn sie etwas für andere, aber auch für sich erreichen kann. *Widerstandsmomente* erklärt nicht, dass Anna Čadia Großi ist und zu meiner Familie gehört. Ich will sie nicht vereinnahmen, es mir leicht machen, indem ich mich auf der richtigen Seite zeige. Das antibiografische Erzählen ermöglicht noch etwas. Ich kann eine kollektive Geschichte des Widerstands zeigen und Frauen in den Film aufnehmen, die nicht überlebt haben. Von denen nichts mehr da ist außer geheimen Nachrichten auf winzigen Stücken Stoff oder Papier.^[6] Das antibiografische Erzählen ist außerdem ein Hoffnungsträger – dass wir Zusammenhänge erschaffen und gestalten können, anstatt unveränderbar in sie hineingeboren zu werden.

Die ganze Stadt „hasst die Polizei“. Auch ÖVP, Nazis, steht daneben. Isabella Burtschers Kurzfilm *Ganz Wien*^[7] findet innen und außen statt. Mehrmals sehen wir im Stadtraum dasselbe Graffiti. Personen gehen vorbei und ihrer Arbeit nach. Im Off zwei Stimmen, die wie die Sprayer und Sprayerinnen anonym bleiben. Ein ehemaliger Polizist erzählt vom Unbehagen, Menschen um fünf Uhr Früh aus dem Bett zu holen, um ihre Papiere zu kontrollieren. Eine Polizistin ist nahe daran, den Job zu kündigen. Sie beschreibt, wie es „oft erst richtig losgeht“, wenn ein schutzsuchendes Opfer zur Polizei flüchtet. Und wie klargemacht wird, dass „du nie mehr die Füße auf den Boden kriegst, wenn du einen Kollegen aufs Papier haust“, ihn anzeigt. Dazwischen Bilder der Exekutive bei einer Demonstration gegen Abschiebung. Isabella Burtschers Film wird auch



Klub Zwei | Things. Places. Years. | 2004

angegriffen. Sie würde durch die kritischen Stimmen im Off „Empathie mit der Polizei“ erzeugen oder sogar mit der Polizeigewalt auf der gezeigten Demonstration. Ich bin nicht dieser Ansicht. Wenn der Widerstand gegen unmenschliche Befehle zu blühen beginnt und die Selbstkritik in der Polizei grassiert, dann zeigt das doch, dass Macht und Gewalt keine unanfechtbaren Blöcke sind. Dort sitzen Menschen, deren Zweifel man nähren kann, vermehren vielleicht. Das lässt mich aufatmen und aufleben.

Der Reflex, böse, rassistische Polizeibeamte hören zu wollen, nicht aber denkende und mit sich und der Institution hadernde, auch für die demokratischen Rechte von Verhafteten kämpfende Polizeibeamte, ist

Ausdruck der Abwehr von eigenen strukturellen Verstrickungen in Rassismus und Gewalt. *Ganz Wien* reicht weit über eine Auseinandersetzung mit der Polizei hinaus. Der Film wirft die unangenehme Frage auf, wo wir Teil einer Institution sind und ihre Politik, oder eben auch ihre Gewalt, mittragen und selbst ausüben.

Vielleicht entsteht die Unbeweglichkeit der Dinge, die uns umgeben, nur aus der festen Überzeugung, dass sie so und nicht anders sind, aus der Unbeweglichkeit unserer Vorstellung von ihnen. Verborgene politisieren heißt also, unsere Vorstellung von den Dingen zu mobilisieren, sie aufzudehnen, um neuen Wahrnehmungen und Erkenntnissen Platz zu machen und sie mit anderen zu diskutieren.

Jo Schmeiser lebt und arbeitet in Wien. Ihre Arbeiten entstehen oft in kollektiven Kontexten. Der Dokumentarfilm *Widerstandsmomente* gewann die Austrian Competition von This Human World 2019. Die Website für Jugendliche www.widerstandsmomente.at wurde mit dem Hans-Maršálek-Preis 2022 ausgezeichnet.

Gedenkpolitiken in der postmigrantischen Gesellschaft

Migrantisch situiertes Wissen
für eine antirassistische Bildungspraxis

Sind Denkmäler und Gedenkort geeignet, um rassistische Gewalt zu verhandeln und die damit verbundene Traumatisierung zu bewältigen? Wer hat ein Recht auf Erinnerung und wer nicht? Sind Denkmäler und Gedenkstätten da, um eine Vergangenheit als abgeschlossen zu beschreiben? Wie kann ein Denkmal zeigen, dass wir eine andere Zukunft brauchen?

Die Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) an neun post-migrantischen Kleinunternehmern, einer Polizistin sowie mindestens drei Bombenangriffe stellen einen wichtigen Knotenpunkt dar, der eingebettet ist in eine lange Geschichte von rassistischer Gewalt in postkolonialen und postfaschistischen Verhältnissen Ost- und Westdeutschlands.

Mit dem Begriff *NSU-Komplex* soll deutlich gemacht werden, dass die Taten des NSU durch Medien, Institutionen wie Ermittlungsbehörden, Verfassungsschutzämter und Politik, aber auch durch die Öffentlichkeit unterstützt wurden – begleitet von einer strukturellen Empathielosigkeit und Ignoranz. Rassistische Konjunkturen sind verbunden mit einer staatlichen Regulierungspolitik, die versucht, Migration in Krisenzeiten

– so auch an den EU-Außengrenzen – zu verhindern. Am Beispiel des NSU-Komplex werden die verkoppelten Wirkungsweisen von Alltagsrassismus, institutionellem Rassismus und strukturellem Rassismus deutlich. Rassismus ist eine Gewaltform, die auf struktureller Ebene in staatliche Apparate und in Gesetze eingebettet ist. Nach den NSU-Morden waren an den rassistischen Ermittlungen gegen die Betroffenen auch weitere Behörden wie z. B. Finanzämter und einige Medien beteiligt, die gegen die trauernden Angehörigen arbeiteten. Ermittlungsbehörden nutzten fingierte Beweismittel und setzten die Angehörigen unter Druck, sie wurden verdächtigt, gedemütigt und somit innerhalb ihrer Community isoliert.

Die Geschichte des NSU zeigt, dass Rassismus eine strukturierende

Wirkmacht in der Gesellschaft hat. Jedoch kann die Geschichte der Taten des NSU-Komplexes nicht ohne den Widerstand der Angehörigen der Mordopfer, nicht ohne den Widerstand der Überlebenden der Bombenangriffe erzählt werden.

Daher widmet sich der folgende Text den Forderungen und Erwartungen der Angehörigen bezüglich einer angemessenen Erinnerungspolitik und thematisiert exemplarisch ihren Bedeutungswechsel an konkreten Beispielen der Städte Kassel, Köln und Hanau.

Spätestens nach dem Mord an Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel wussten die Angehörigen der Mordopfer der NSU-Mordserie und ihre Communitys – wie auch die Überlebenden des Bombenangriffs in der Keupstraße in Köln –, dass sie alle gemeint und bedroht waren. Nur

^[4] *Widerstandsmomente*, 98 Min., A 2019. Regie: Jo Schmeiser, Bildgestaltung: Sophie Maintigneux; Ton: Nora Czamler; Montage: Michael Palm; Produktion: Peter Janecek, Plaesion Film; Vertrieb: sixpackfilm.

^[5] Faika El-Nagashi, María Rosa Pérez Abellá (Hg.): *Wenn du nicht kämpfst, bist du verloren! / ¡Si no luchas, estás perdido!*, Wien 2021.

^[6] Johanna Mertinz, Winfried Garscha (Hg.): *„Mut, Mut – noch lebe ich.“ Die Kassiber der Elfriede Hartmann aus der Gestapo-Haft*, Wien 2013.

^[7] *Ganz Wien*, 17 Min., A 2022. Regie, Kamera, Ton, Montage, Produktion: Isabella Burtscher.

einen Monat nach dem Mord in Kassel nahmen Eltern von Halit Yozgat den Kontakt zu den Angehörigen von **Enver Şimşek** und **Mehmet Kubaşık** auf und organisierten zusammen die Demonstration unter dem Titel „Kein nächstes Opfer“. Trotz kollektiven Auftretens und Artikulation von über 3.000 Menschen aus ausschließlich migrantischen Communitys wurde diese Demonstration von der sogenannten Dominanzgesellschaft nicht wahrgenommen. Berichterstattungen in den Medien fanden kaum statt.

Ein solches Misslingen von Verständigung und Wahrnehmung ist nicht auf die mangelnde Artikulationsfähigkeit der Marginalisierten zurückzuführen, denn über 3.000 Menschen wussten, was vorging. Die Politikwissenschaftlerin Nikita Dhawan argumentiert hierzu, dass es wichtiger sei, „[...] die Unfähigkeit der ‚Dominanten‘ zuzuhören beziehungsweise ihr ‚selektives Hören‘ und ihre ‚strategische Taubheit‘ zu skandalisieren“ (Dhawan 2012: 52).

In dem 438. Prozesstage (von Mai 2013 bis Juli 2018) dauernden NSU-Prozess wurden das Wissen und die Analysen der Betroffenen nicht als zentrale Analysekategorien wahrgenommen. Wäre die Arbeit zum Mord an Halit Yozgat von *Forensic Architecture*^[1] in das laufende Verfahren aufgenommen worden, wäre vielleicht Walter Lübcke, der Regierungspräsident von Kassel, noch am Leben. Er wurde ermordet, weil er sich bei einer Bürgerversammlung sehr klar für Aufnahme von Geflüchteten eingesetzt hatte.

Ebenso den Spuren im Kontext der Drohschreiben (versendet von Computern der Frankfurter Polizei) an eine Anwältin, eine Schauspielerin sowie an eine Politikerin des hessischen Landtages wurde nicht gründlich nachgegangen. Diese Taten gehören ebenso in den Kontext NSU-Komplex.

Für das Lernen – wie auch für das Verlernen – aus dem NSU-Komplex ist es von zentraler Bedeutung, dass



Brüder-Grimme-Nationaldenkmal in Hanau | Foto: Ayşe Güleş.

wir unsere Aufmerksamkeit radikal dem Wissen und den Analysen der Angehörigen der NSU-Opfer und der Überlebenden zuwenden. Denn zu lange waren die Täter*innen im Zentrum der medialen Berichterstattung und leider auch im sogenannten NSU-Prozess. Hingegen waren es antirassistische Bewegungen und lokale Initiativen, die nach dem Öffentlich-Werden des NSU in den sogenannten Opfer-Städten entstanden, die sich den Perspektiven und dem situierten Wissen der Angehörigen und den Überlebenden zuwandten, um dieses Wissen in die Aufmerksamkeitszonen der Dominanzgesellschaft zu bringen.

Das situierte Wissen ist eine Wissensform, die in einem bestimmten Erfahrungskontext entsteht. Das

migrantisch situierte Wissen basiert auf Erfahrungen von rassismuserfahrenen, rassifizierten Menschen. Wenden wir uns diesem Wissen zu, so lernen wir, wie Rassismus im Alltag oder in institutionellen und behördlichen Handlungen passiert und auch, wie wir dagegen vorgehen können. Als ein spezifisches Erfahrungswissen verhandelt es auch den Rassismus als eine Realität und vermittelt zudem, dass die Taten des NSU passieren konnten, weil gesellschaftliche Diskurse, gesellschaftliche Ausschlüsse und Diskriminierungsprozesse die Grundlage dafür bildeten.

Das situierte Wissen von rassifizierten, migrantischen oder *migrantisierten* Menschen ist eine zentrale Perspektive. Es ist eine widerständige, subversive Wissensform, die sich aus Erfahrungen von einzelnen oder

kollektiven Zusammenhängen speist, die sich aus einer bestimmten, marginalisierten Lebensposition generiert. In einem hegemonialen Raum kann das situierte Wissen eine andere Position einnehmen, diese benennen und offenlegen. Dieses Wissen bietet uns daher eine andere Perspektive an. Eine Perspektive, die den dominanten Repräsentationspraktiken andere Bilder, Darstellungen, Erzählungen und Analysen entgegensetzt und uns andere Sicht- und Handlungsweisen anbietet. Mit Handlungen aus dem situierten Wissen können die gängigen Narrative verschoben und verändert werden, indem in die üblichen Erzählungen neue, starke und ermächtigende Fäden eingewebt werden.

İbrahim Arslan, der den rassistischen Brandanschlag in Mölln 1992 überlebte, betont, dass die Opfer die Hauptzeug*innen des Geschehenen sind. Somit rückt er die Wichtigkeit des Zuhörens in den Vordergrund, da sich auf diese Weise eine politische Form des Gedenkens performativ im Akt des Zuhörens und Erzählens kollektiv herstellt und fortschreibt. Dieses Zuhören hat aber nichts mit dem neoliberalen Tool für ein erfolgreiches Leben zu tun. Das Zuhören, das Zuhören-Wollen wie auch das Nicht-zuhören-Wollen, ist eine aktive Handlung. Damit ist das Zuhören eine emotional-kognitive Handlung, die eine Grundvoraussetzung für eine sozial-politische Praxis des Sich-Verbindens und für die Solidarisierung darstellt.

Das Lernen ist kein gradliniger Speicherprozess von Wissen. Für das Lernen selbst ist das „Verlernen“ eine grundlegende Voraussetzung. Die postkoloniale Theoretikerin Gayatri Chakravorty Spivak betrachtet Bildung als einen Prozess, der aus Lernen und Verlernen zugleich besteht, und verweist damit auf den dialektischen Aspekt von Bildungsprozessen.

Aber was ist mit Verlernen gemeint? Da Lernen immer mit hierarchischen

Kontexten verbunden ist, die oft nicht reflektiert werden, müssen wir auch das Verlernen lernen (vgl. Castro Varela/Heinemann 2017). Verlernen bedeutet keineswegs, dass das Gelernte vergessen oder gelöscht werden soll. Das Verlernen ist vielmehr eine Denk- und Analysekategorie, um sich der eigenen Position wie auch der Privilegien, der Lernquellen sowie der verkörperlichten Annahmen und gespeicherten Vorurteile bewusst zu werden (vgl. Darius/Jonsson/Spivak 1993). Spivak bezeichnet Verlernen als eine dekonstruktive Praxis, die uns stetig über die Frage antreiben sollte, zu analysieren, wie Wahrheiten hergestellt werden (Spivak 1996: 25).

Doch wie lassen sich Gedenkort imaginieren, die mehr als im öffentlichen Raum in den Boden eingelassene Stelen sind? Wie können wir Mahnmale, Gedenkort oder Monumente als Orte der Erinnerung denken, die nicht die Vergangenheit abschließen, sondern die Gegenwart thematisieren und zugleich in die Zukunft weisen, damit wir lernen und zugleich verlernen?

Eine poetische Definition des Verlernens geben Elena Agudio und Bonaventure Soh Bejeng Ndikung: „*Unlearning is not forgetting, it is neither deletion, cancellation nor burning off. It is writing bolder and writing anew. It is commenting and questioning. It is giving new footnotes to old and other narratives. It is wiping off the dust, clearing the grass, and cracking off the plaster that lays above the erased. Unlearning is flipping the coin and awakening the ghosts. Unlearning is looking in the mirror and seeing the world.*“^[2]

Grundsätzlich sind Fragen erlaubt, ob Denkmäler und Gedenkort geeignet sind, um rassistische Gewalt zu verhandeln und die damit verbundene Traumatisierung zu bewältigen. Wer hat ein Recht auf Erinnerung und wer nicht? Und vor allem: Wie können wir verhindern,

dass Denkmäler und Gedenkstätten eine Vergangenheit als abgeschlossenen beschreiben, die Diskussion eines politischen Kontexts für beendet erklären? Wie kann ein Denkmal das Geschehene verhandeln und zeigen, dass wir eine Zukunft brauchen, eine andere Wirklichkeit möglich ist.

Halitplatz – Halitstraße

Am 1. Oktober 2012 benannte die Stadt Kassel einen bis dahin namenlosen Platz offiziell „Halitplatz“ und stellte eine Stele mit einer Gedenktafel mit den Namen aller NSU-Opfer auf. Weitere Gedenktafeln gibt es heute in Dortmund, Nürnberg, Hamburg, München, Rostock, Kassel und Heilbronn. Schräg gegenüber vom „Halitplatz“ in Kassel, auf der anderen Straßenseite, befand sich das Internetcafé von Halit Yozgat – nur drei Häuser vom örtlichen Polizeirevier entfernt.

Die Straßenbahnhaltestelle „Philipp-Scheidemann-Platz“ in direkter Nähe des nunmehrigen Halitplatzes wurde ebenfalls in „Halitplatz“ umbenannt und mit dem neuen Namen – und im kleineren Schriftzug „Philipp-Scheidemann-Platz“ – ausgeschildert. In der Straßenbahn werden beide Namen durchgesagt. Auf dem Display in der Straßenbahn wird nur „Halitplatz“ angezeigt.

Seit dem Mord in Kassel forderte nicht nur die Familie Yozgat die Umbenennung der Holländischen Straße, wo Halit Yozgat geboren worden und ermordet wurde, in „Halitstraße“. Bei meinen Interviews bekam ich auf die Frage, warum diese Forderung als unmöglich bewertet werde, unterschiedliche Begründungen wie „die Straße ist eine historische Straße“ oder „die Straße verweist auf die historische Verbindung zwischen Kassel und Holland“.

Würde diese Forderung umgesetzt, wäre die sehr lange Straße ein Para-Monument und die über 2.500 Menschen, die direkt an der Straße leben, würden Tag für Tag mit der Realität und der Erinnerung leben, dass Halit – ein Bürger Kassels, ein Bruder, ein Freund – ermordet wurde.^[3]

^[1] forensic-architecture.org/investigation/the-murder-of-halit-yozgat (Stand: 2. 12. 2022).

^[2] The Long Night of Ideas in SAVVY Contemporary, 2016, savvy-contemporary.com (Stand: 2. 12. 2022).

^[3] siehe auch Online-Ausstellung „Offener Prozess“, www.offener-prozess.net/spot-halitstrasse.

Für das Gedenken an den am 1. Juni 2019 ermordeten Walter Lübcke wurde der Entwurf von Natascha Sadr Haghighian ausgewählt: „86° (WALTER HALIT)“ besteht aus einem Leuchtkasten mit den Namen „Halit“ und „Walter“ auf dem Dach des Regierungspräsidiums. Beide Namen kommen in einem 86-Grad-Winkel zusammen, die Schenkel des Winkels zeigen jeweils auf die Orte, an denen Halit Yozgat und Walter Lübcke von Rechtsradikalen ermordet wurden. Für die Namen Walter und Halit nutzt die Künstlerin die Schriftart „Martin“, die nach dem US-Bürgerrechtler Martin Luther King Jr. benannt ist. Zudem wird der Leuchtkasten auf dem Dach so angebracht, dass die Ecke des Gebäudes selbst verschoben wird bzw. aus dem bisherigen Lot kommt.

Mahnmal Kölner Keupstraße

Über die Grenzen von Köln hinaus gilt die Keupstraße in Deutschland als ein Beispiel von selbstbewusstem, selbst entwickeltem migrantischen Leben und den damit verbundenen Ökonomien. Gleichzeitig wird sie in den Medien und im öffentlichen Diskurs bis heute mit rassistischen Stereotypen als „Ghetto“ und als Beispiel für eine „Parallelgesellschaft“ beschrieben. Dieser Diskurs führte dazu, dass die Täter*innen des NSU die Straße als eines ihrer Anschlagssziele wählten. Die Botschaft galt der migrantischen Community – auch über die Keupstraße hinaus: Ihr seid hier nicht sicher.

2001 explodierte im Ladengeschäft eines iranischen Besitzers eine Bombe in den Händen seiner Tochter und verletzte sie lebensgefährlich. Die „Keks Dosen-Bombe“ in der Kölner Probsteigasse (2001) und vor allem die Nagelbombe drei Jahre später in der Keupstraße (2004) hatten eine enorme Wucht: Diese Bombe war mit 700 „Zimmermannsnägeln“ mit einer Länge von 10 cm gefüllt, um so viele wie möglich zu töten. Die

Bombe wurde gegen die Menschen gerichtet, die sich die Keupstraße angeeignet, diese einst vernachlässigte, verfallene Straße zu einem kulturellen Mittelpunkt voller Leben und Geschäftigkeit transformiert hatten.

Die Bombe sollte zeigen, dass migrantisches Leben in Deutschland nicht sicher und nicht geschützt ist. Die Behörden, die daraufhin die Bewohner*innen selbst verdächtigten, führten diese Spaltung weiter.

Während der sieben Jahre nach dem Anschlag in der Keupstraße gierten die verletzten Bewohner*innen und Geschäftseinhaber*innen selbst ins Visier der Ermittlungsbeamten: Sie wurden mit rassistischen Ermittlungsmethoden verdächtigt, selbst hinter dem Anschlag zu stehen. Diese Phase der Ermittlungen nennen die Bewohner*innen der Keupstraße heute noch die „Bombe nach der Bombe“: Die Behörden unterstellten dem Besitzer des Friseursalons, an dem die Bombe explodierte, als „Türke selbst hinter den Anschlägen“ zu stecken und ermittelten in Richtung Drogen, Schutzgeld oder Mafia.

Diese Ermittlungen waren nicht nur sinnlos, sondern eine enorme Belastung, eine weitere (rassistische) Diskriminierung. 2014 entschied der Rat der Stadt Köln, dass es einen Gedenkort geben solle, der an beide Anschläge erinnern soll.

Der Entwurf des Künstlers Ulf Aminde „Der Platz für Alle – Herkesin Meydani“ wurde einstimmig ausgewählt. Das Mahnmal verbindet konzeptuell zwei Elemente: eine Plattform, die eine Fläche auf dem Boden beansprucht, und ein partizipatives, kritisches Filmarchiv. Die Metallplatte kann als Sitzfläche oder zum Skaten benutzt werden. Das Filmarchiv kann mit dem eigenen Mobilphone angesehen und partizipativ von allen erweitert werden.

Die Bodenplatte steht in ihrer abstrakten Form für ein noch zu

errichtendes Haus: eine zukünftige Gemeinschaft, die ausschließlich auf Diversität und Solidarität aufbaut. Hier geht es darum, eine Grundlage, ein Fundament zu legen für ein virtuelles Haus, das aus einer Vielzahl von Filmen entsteht und mittels *Augmented Reality App* für Smartphones besucht und mit eigenen Beiträgen erweitert werden kann. So entsteht ein Ort der Gemeinschaft des Viertels, ein Treffpunkt und ein Platz des Gedenkens, der nicht zerstört werden kann.^[4]

Hanau

Am 19. Februar 2020 tötete ein 43-jähriger Nazi in Hanau innerhalb von zwölf Minuten neun junge postmigrantische Menschen. Das Gedenken der Angehörigen wie auch der Bevölkerung Hanaus an die Morde fand intuitiv auf dem zentral gelegenen Marktplatz statt. Dort – an der Brüder-Grimm-Statue – wurden wochen- und monatelang Kerzen gezündet und Blumen niedergelegt. Die Blumen wurden von den Markt- und Geschäftsleuten täglich mit frischem Wasser versorgt.

Der Politiker Heiko Kassekert (Mitglied des Landtages) fand allerdings, dass das Nationaldenkmal der Brüder-Grimm nicht mit dem Gedenken an die Hanauer Opfer in Verbindung gebracht werden dürfe und die Stadt zu einer Normalität kommen müsse. Die Erinnerung mit den Bildern, Aufklebern, Blumen und Kerzen sei nicht gut und weiter: „... wir sollten die Orte der Geschichte, die Hanau ebenfalls hat, wie am Marktplatz das Denkmal ihrer wohl bekanntesten Söhne, der Brüder Grimm, von dieser dunklen Umklammerung befreien. Das Nationaldenkmal überstand alle Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges und steht als historisches Kulturdenkmal für den Wiederaufbau der Stadt ...“

Die Stadt Hanau schrieb im Oktober 2020 einen künstlerischen Wettbewerb für ein Denkmal aus, das nicht nur an die Ermordeten erinnern, sondern auch ein Bekenntnis gegen Hass und Gewalt sein sollte.

Gözde Saçık (Politikwissenschaften, Philosophie und Konfliktforschung) thematisiert in einem Interview die Nichtbenennung von Rassismus als ein grundlegendes Problem der eingereichten Einwurfe: „Rassismus nicht zu benennen, löst ihn nicht auf.“^[5]

Inzwischen hat sich die Stadt auf einen Entwurf des Künstlers Heiko Hünnerkopf mit dem Titel „Einschnitt“ geeinigt: ein aus Stahl gearbeitetes Halbrund mit den Namen der Anschlagsoffer. Noch ist aber der Platz dafür nicht klar. Die Angehörigen fordern weiterhin, dass das Denkmal am Marktplatz errichtet werden soll, da es die Mitte und das Zentrum der Stadt Hanau darstellt.

Ayşe Güleç ist Pädagogin und forschende Aktivistin an den Schnittstellen von Kunst, Kunstvermittlung, Antirassismus, Migration sowie gemeinschaftlich basierter Bildung und Entwicklung. Sie war Teil der kollektiven Bewegung *NSU-Komplex auflösen* und des gleichnamigen Tribunals und ist Mitglied der in Kassel ansässigen Initiative 6. April.

Literatur:

Ahmed, Sara (2004): *Collective Feelings or the Impressions Left by Others*. In: *Theory, Culture & Society* 21(2), S. 25–42.

Castro Varela, María do Mar / Heinemann, Alisha M. B. (2017): *Ambivalente Erbschaften. Verlernen erlernen!* In: *trafo.K.* (Hg.): *Strategien für Zwischenräume. Ver_Lernen in der Migrationsgesellschaft. Zwischenräume #10*.

Danius, Sara / Jonsson, Stefan / Spivak, Gayatri Chakravorty (1993): *An Interview with Gayatri Chakravorty Spivak*. In: *boundary 2. Vol. 20, No. 2 (Summer 1993)*, S. 24–50. Published By: Duke University Press.

Dhawan, Nikita (2012): *Hegemonic Listening and Subversive Silences: Ethical-political Imperatives*. In: Alice Lagaay/Michael Lorber (Hg.): *Destruction in the Performative*. Amsterdam/ New York 2012, S. 47–60.

Gayatri Spivak im Interview mit Nazish Brohi, o. D., online unter: www.dawn.com/news/print/1152482 (Stand: 15. 10. 2022).

Shaikh, Nermeen (2007): *The Present as History. Critical Perspectives on Power*. New York: Colombia University Press, S. 172–201.

Spivak, Gayatri Chakravorty (1995): *The Spivak Reader. Selected Works of Gayatri Chakravorty Spivak*. Donna Landry u. Gerald Maclean (Hg.). New York/London: Routledge.

Spivak, Gayatri Chakravorty (2012): *An Aesthetic Education in the Era of Globalization*. Cambridge/Massachusetts/London: Harvard University Press.



^[4] www.offener-prozess.net/platz-fur-alle-herkesin-meylani (Stand: 2. 12. 2022).

^[5] Frankfurter Rundschau, erstellt 30. 9. 2021, aktualisiert 14. 10. 2021.

Queere Geschichte sammeln



Der Sammlungsauftrag kommunaler oder staatlicher Archive ist eng mit institutioneller Macht verknüpft. Die Definitionsmacht der Mehrheitsgesellschaft bestimmt, was als bewahrenswert erachtet wird. Soziale Bewegungen und minorisierte Gruppen, die sich gegen etablierte Herrschaftsstrukturen richten oder von diesen ausgegrenzt werden, finden in diesen Wissensspeichern oft keinen oder nur marginalisierten Raum.

Als junge Lesben und Schwule in den 1970er Jahren begannen, sich selbstbewusst und sichtbar in emanzipatorischen Bewegungen zu organisieren, machten sich die Aktivist:innen auch auf die Suche nach den Spuren der eigenen Geschichte. Es gab ein großes Bedürfnis nach einer historischen Verortung des eigenen Kampfes, nach Vorbildern und einer Geschichte jenseits heterosexueller Erfahrungswelten. In diesem Prozess spielte die Gründung von Archiven und Sammlungen eine wichtige Rolle. So wurde in Wien 1983 in Wien das „Stichwort – Frauen- und Lesbenarchiv“ gegründet.

Es sollte noch bis 2009 dauern, dass auch in Österreich ein für alle LGBTIQ+ zugängliches Archiv gegründet wurde: zunächst unter dem Namen QWIEN – Zentrum für schwul/lesbische Kultur und Geschichte. Neben dem Bedürfnis, einen Ort zu schaffen, der alle Identitäten des Regenbogens umfasst und

nicht ausschließlich Frauen* als Benützer:innen und zentralen Sammlungsgegenstand definiert, war die Ausstellung „Geheimsache: Leben. Schwule und Lesben im Wien des 20. Jahrhunderts“ (2005) der Auslöser für die Gründung von QWIEN [sprich: Queen]. Die Ausstellung zeigte nicht nur, auf welch vielfältige Weise queeres Leben die Geschichte Wiens prägte, sondern auch, dass es noch viel zu entdecken und zu erforschen gäbe. Mit Unterstützung der Stadt Wien, die QWIEN seit der Gründung mit einer jährlichen Subvention fördert, wurde ein Ort zum Sammeln, Bewahren und Erforschen queerer Geschichte geschaffen. Um die Vielfalt der LGBTIQ+-Community auch im Namen zu spiegeln, wurde QWIEN im zehnten Jahr seines Bestehens in „Zentrum für queere Geschichte“ umbenannt.

Als Bewegungsarchiv unterscheidet sich QWIEN grundsätzlich von kommunalen oder staatlichen

Archiven, deren Sammlungsauftrag eng mit institutioneller Macht verknüpft ist. Verwaltungsarchive wie das Österreichische Staatsarchiv oder das Wiener Stadt- und Landesarchiv dokumentieren Staatswesen-betreffendes Wissen, Literaturarchive betreiben die Kanonisierung von künstlerischer Schriftkultur, Museen die von historischer oder gegenwärtiger Kunstproduktion. Was als bewahrenswert erachtet wird, ist dabei meist an die Definitionsmacht der Mehrheitsgesellschaft gebunden. Soziale Bewegungen und gesellschaftliche Gruppen, die sich gegen etablierte Herrschaftsstrukturen richten oder von diesen ausgegrenzt werden, finden in diesen Wissensspeichern oft keinen oder nur marginalisierten Raum.

Die Sammlung

Ausgehend von privaten Schenkungen hat QWIEN seit 2009 eine Forschungsbibliothek aufgebaut,

für die neben internationaler Forschungsliteratur zu historischen, kulturgeschichtlichen oder gesellschaftspolitischen Fragen auch Belletristik, Ausstellungskataloge oder Bildbände gesammelt werden. Aufgenommen wird alles, was mit queeren Themen in Verbindung steht, wobei die Literatur nicht immer an einen emanzipatorischen Diskurs gebunden sein muss, auch LGBTIQ+-feindliches Material wird archiviert. Einen besonderen Stellenwert nimmt die Zeitschriftensammlung ein, die mit über 400 Titeln internationaler Publikationen etwa 20.000 Einzelnummern umfasst. Dabei reicht die Spannweite von Teilsammlungen seltener Zeitschriften der deutschsprachigen Homosexuellenbewegung der 1950er und 1960er Jahre wie „Der Weg“ oder „Der Kreis“ bis zu fremdsprachigen Titeln wie dem französischen Diskursmagazin „Tel Quel“, amerikanischen Publikationen oder Magazinen aus Osteuropa.

Ein wichtiger Sammlungsteil ist die sogenannte „graue Literatur“: Publikationen, die keinen offiziellen Charakter haben wie etwa Flugblätter, Plakate, Informationsbroschüren und Materialien zur LGBTIQ+-Bewegung in Österreich und darüber hinaus. Dabei wird der Fokus vor allem auf die Dokumentation der österreichischen Bewegungsgeschichte der Nachkriegszeit bis heute gelegt. Die QWIEN-Sammlung enthält aber auch Bestände zur Bewegungsgeschichte der USA, deutschsprachiger Länder oder aus Osteuropa wie Ungarn, Polen oder Russland. Darüber hinaus stehen Benützer:innen für ihre Forschungen private Sammlungen sowie Vor- und Nachlässe zur Verfügung, die unterschiedliche Teilaspekte queerer Bewegungsgeschichte dokumentieren oder von den Auswirkungen gesellschaftlicher Prozesse auf die Möglichkeiten der persönlichen Lebensführung erzählen.

Die umfangreiche Plakatsammlung dokumentiert neben politischen Aktionen auch die Fest- und Partykultur der queeren Communitys und gibt spannende Einblicke in die sich wan-

delnde Ästhetik der Selbstdarstellung queerer Gruppen. Neben dem Archiv der Aidshilfe Wien, das 2014/15 übernommen wurde und eine wichtige Quelle zur historischen Erforschung der Auswirkungen der Immunschwäche auf die Communitys darstellt, betreut QWIEN als Dauerleihgabe das Archiv der Österreichischen Liga für Menschenrechte, das inzwischen in einer eigenen Datenbank erfasst ist und auf Anfrage der Forschung als wichtiges Archiv zur Geschichte von Minderheiten in Österreich zur Verfügung steht. Eine Reihe kleinerer Community-Archive ergänzen den Bestand. Sie dokumentieren vor allem die Geschichte der LGBTIQ-Bewegung seit den 1970er Jahren.

Repräsentation im Archiv

QWIEN ist bestrebt, die Diversität der queeren Community auch in den Sammlungen abzubilden. Dabei stoßen wir jedoch oft an die Grenzen unserer Möglichkeiten. Wir können nur archivieren, was wir auch bekommen, also sind wir beim Sammeln auf die Zusammenarbeit mit den Akteur:innen der unterschiedlichen Communitys angewiesen. Leider müssen wir aber oft feststellen, dass sich viele der Geschichtswürdigkeit ihrer emanzipatorischen Arbeit nicht bewusst sind und deshalb die eigene Arbeit kaum bis gar nicht dokumentieren. An dieser Stelle unser Aufruf an alle, die sich als Teil queerer Bewegungen sehen: Lasst uns Dokumente eurer Arbeit zukommen, schickt uns Plakate, Flyer, Broschüren, Veranstaltungsfotos, Hinweise auf politische Aktionen oder private Aufzeichnungen. Nur so können wir bei QWIEN die Vielfalt queerer Lebensentwürfe dokumentieren und sammeln.

Blicken wir in der Geschichte zurück, finden wir oft nur Dokumente, die *über* uns erzählen, die von Instanzen der gesellschaftlichen Kontrolle und Verfolgung erstellt und gesammelt wurden, seien es Strafakten oder Zeitungsberichte. In den seltensten Fällen finden wir Belege für die eigene Geschichte, die aus ei-

nem Selbstverständnis für die eigene queere Identität überliefert wurden. Um diese Schieflage in Zukunft zu vermeiden und die eigene Geschichte mit eigenen Stimmen erzählen zu können, versucht QWIEN verstärkt Materialien aus den verschiedenen Communitys zu sammeln, ist dabei aber auf die Mithilfe derselben angewiesen.

Communitybasierte Archive können im Allgemeinen nicht auf dieselben Ressourcen zurückgreifen wie staatliche Institutionen. Daher war auch der Aufbau von QWIEN ein Prozess des *Learning by Doing* und ist es zum Teil heute noch. Dabei griffen wir auf internationale Vorbilder zurück, die zur Gründungszeit von QWIEN schon existierten: das Schwule Museum und das Spinnboden Lesbenarchiv in Berlin oder auf IHILA – LGTB Heritage Center in Amsterdam. Aber auch die Arbeit des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstands (DÖW) hatte große Vorbildwirkung. Für viele Bewegungsarchive stellt nicht nur die räumliche Situation eine große Herausforderung dar. Sammeln ist platzintensiv, die Dokumentation in Findbehelfen aufwändig und zeintensiv, die finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand oft nur marginal.

Trotz aller Schwierigkeiten ist die Archivierung der eigenen Geschichte für viele Communitys von eminenter Bedeutung, nicht so sehr, weil gesammelte Materialien in aktuellen Kämpfen und Auseinandersetzungen um Gleichberechtigung verwendet würden, sondern weil es für jede Minderheit wichtig ist, sich der eigenen Geschichte bewusst zu sein und diese auch zur Stärkung der Community mit eigenen Mitteln und eigener Sprache zu erzählen. Zur Stärkung minorisierter Identitäten ist das Bewusstsein einer Geschichte, die nicht aus der Perspektive der gesellschaftlichen Majorität erzählt ist, unumgänglich.

Andreas Brunner ist Co-Leiter von QWIEN – Zentrum für queere Geschichte.

Ein Ort, an dem sich jede*r mit der eigenen Erinnerung wiederfindet

Die Bildungsforscherin **Nadja Danglmaier** von der Universität Klagenfurt und der Sozialpsychologe **Daniel Wutti** von der Pädagogischen Hochschule Klagenfurt erzählen in einem Gespräch mit Cornelia Kogoj über die Weitergabe von Traumata an die Nachfolgenerationen, wie grenzüberschreitende Erinnerungsarbeit aussehen kann und warum es in Kärnten einer neuen Erinnerungskultur bedarf.



Nadja Danglmaier | Foto: Riccio, Klagenfurt

Daniel Wutti | Foto: PHK/Reichmann

Nadja Danglmaier, du warst Hauptorganisatorin der im letzten und heurigen Jahr am Klagenfurter Domplatz stattgefundenen Veranstaltungen „Svobodni! Befreit! Ein Fest dem Widerstand – Praznujmo upor“. Was war die Idee dahinter? Und warum habt ihr dafür diesen Ort gewählt?

Nadja Danglmaier: Die Idee zu einer Initiative, die sich mit dem Domplatz in Klagenfurt beschäftigt, entstand eher zufällig. Ich kam immer wieder mit Leuten ins Gespräch, denen die einseitige Manifestation der Erinnerung am Domplatz ein Dorn im Auge war. Mir erging es ähnlich. Seit 1990

existiert an diesem zentralen Ort eine Tafel, die ausschließlich an die „von Partisanen verschleppten und ermordeten Kinder, Frauen und Männer“ erinnert. Die wenigsten wissen, dass der Domplatz – wie aus Forschungen von Brigitte Entner hervorgeht – in mehreren Phasen der Geschichte auch ein Haftort war. Die Jesuitenkasernen am Domplatz diente zum Beispiel als Lager für die nach der zwangsweisen Aussiedlung zurückgekehrten Kärntner Slowen*innen. Insofern ist dieser Platz auch ein Ort, der eng mit der Geschichte der slowenischen Volksgruppe verbunden ist.

Wenn man sensibel für die Manifestationen von Erinnerungskultur

im öffentlichen Raum ist und die jahrzehntelange Marginalisierung der Erinnerung an die NS-Opfer samt der negativen Konnotation des Partisan*innenwiderstands kennt, versteht es sich von selbst, dass man aktiv werden muss.

Um Akzente in Richtung einer neuen, inklusiven Erinnerungskultur zu setzen, haben wir die Initiative „Koroška/Kärnten gemeinsam erinnern / skupno ohranimo spomin“ gegründet. Die Aktivitäten der Initiative tragen dazu bei, die aktuell stark verkürzte historische Erzählung vor Ort zu erweitern und einen neuen Erinnerungsdiskurs zu stärken, der die Polarisierung überwindet.

Wir starteten einen Aufruf an ein breites Personenspektrum, sich dieser Initiative anzuschließen. Unser Ziel ist, der Öffentlichkeit eine positive Sichtweise auf den Partisan*innenwiderstand in Kärnten und auf die Befreiung vom nationalsozialistischen Regime zu vermitteln. Gefeierte werden soll sowohl der Widerstand gegen den Nationalsozialismus als auch gegenwärtige Formen von Widerstand und Zivilcourage. Das „Fest dem Widerstand“ soll jährlich am Domplatz stattfinden, das nächste Mal am 30. Juni 2023.

Zurzeit arbeiten wir an der Umsetzung eines Künstler*innen-Wettbewerbs. Es gab einen Aufruf zur Einreichung von Entwürfen für eine künstlerische Intervention, die den Domplatz neu bespielen und Perspektiven öffnen soll. Das Wichtigste ist für mich aber, dass ein Prozess in Gang gesetzt wird, der einen neuen öffentlichen Diskurs fördert.

Das Stichwort „zwangsweise Aussiedlung der Kärntner Slowen*innen“ ist bereits gefallen. Daniel Wutti, du hast für deine Diplomarbeit mit jeweils drei Generationen aus drei slowenischen Familien Interviews geführt, um zu erforschen, welche Auswirkungen die Deportationen im Jahr 1942 nicht nur auf die Deportierten selbst, sondern auch auf die nachfolgenden Generationen hatten bzw. immer noch haben. Du hast dich dabei insbesondere auf das Konzept des transgenerationalen Traumas bezogen, das aus der Holocaustforschung stammt und besagt, dass nicht nur die diejenigen, die den Holocaust unmittelbar erlebt haben, traumatisiert wurden, sondern dass sie ihre traumatischen Erfahrungen auch an die nachfolgenden Generationen weitergegeben haben.

Daniel Wutti: Die verfolgten und deportierten Zeitzeug*innen des Na-

tionalsozialismus wurden zu einem großen Teil traumatisiert oder stark psychisch belastet. Nach dem Zerfall des Nationalsozialismus hatten sie große Hoffnungen, dass sich die Situation in Kärnten für sie zum Guten ändern würde. Doch bald mussten sie erkennen, dass die Macht nach wie vor deutschnational, antislowenisch und minderheitenfeindlich ausgerichtet war. Schon alleine die Denkmäler, die nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurden, haben diese Tradition fortgeführt. In der Traumatheorie spricht man in diesem Fall von einer sequenziellen Traumatisierung. Die einmal traumatisierten Menschen haben immer wieder Sequenzen erleben müssen, die sie in die frühere traumatische Zeit zurückgeworfen und an das Geschehene erinnern haben.

Jeder militärische Aufmarsch, jeder Fackelzug in Südkärnten, die 10.-Oktober-Feiern anlässlich des Jahrestages der Kärntner Volksabstimmung 1920 oder auch Ereignisse wie die geplante Errichtung eines Denkmals für den führenden Abwehrkämpfer und späteren Nationalsozialisten Hans Steinacher in Völkermarkt können diese Menschen triggern. Die Theorie der sequenziellen Traumatisierung besagt, dass die Retraumatisierung umso schlimmer ist, wenn Menschen immer wieder neue traumatische Sequenzen erleben. Insofern ist die Gesellschaft, die das traumatisierte Individuum umgibt, mitverantwortlich für seine Heilung. Im Falle der Slowen*innen hat Kärnten jedoch jahrzehntelang dafür gesorgt, dass diese Menschen nicht in Ruhe gelassen und psychisch entlastet wurden. Die nachfolgende Generation ist mit den Traumata der Eltern aufgewachsen. Diese waren immer präsent, sei es durch das Verschweigen oder das Zu-viel-darüber-Sprechen. Die Kinder spüren, dass diese Erinnerungen die Eltern nicht mehr loslassen, und beschäftigen sich wiederum bewusst oder unbewusst damit. Dieser Aspekt der transgenerationalen

Traumatisierung kann bis zur dritten Generation weitergehen. Diese Generation ist zwar entlasteter, aber immer noch stark damit beschäftigt, wenn auch auf eine andere Art und Weise.

Die israelische Filmemacherin Yael Reuveny sagte in einem Interview: „[Die zweite Generation] brachte das alles ans Licht und wir als dritte Generation können uns nun fragen: Was macht das mit uns? Wir sind nah genug dran, um es zu fühlen. Aber auch weit genug weg, um fragen zu können.“^[1] Würdest du dem zustimmen, dass die dritte Generation eher imstande ist, ihre Familiengeschichte in widerständische Momente oder in politische Aktionen umzuwandeln als die zweite Generation?

Wutti: Die zweite Generation hat sehr viele bewusste oder unbewusste Aufträge übertragen bekommen, die mit dem Thema verbunden sind. Sie musste realpolitisch fortführen, was bewusst oder unbewusst als Auftrag übriggeblieben war. Beim Kärntner Ortstafelsturm vor heuer genau 50 Jahren war es vor allem die zweite Generation, die Widerstand geleistet hat. Es stimmt, dass die dritte Generation emotional distanzierter ist. Das Trauma und die damit zusammenhängende Belastung ist nicht mehr so stark und lebensfüllend wie noch bei der ersten und zweiten Generation. Dennoch gibt die Geschichte auch für die dritte Generation eine Struktur vor, die vielfach in eine widerständische Haltung übersetzt wird.

Ihr beide habt gemeinsam mit Eva Hartmann das Buch „Erinnerungskulturen im Grenzraum“ herausgegeben. Versteht ihr dieses Buch als Gegenarrativ zur offiziellen Geschichtserzählung in Kärnten? Unter anderem auch deshalb, weil es beide Perspektiven – jene aus Slowenien und jene aus Kärnten – miteinander verbindet.

^[1] Mit dem Schatten leben. Enkel der Holocaust-Generation. Deutschlandfunk, 27. 1. 2015.

Danglmaier: Wir möchten weniger ein Gegennarrativ schaffen, sondern eher ein neues Narrativ etablieren. Wir möchten bewusst machen, dass es unterschiedliche Blickwinkel auf ein und dasselbe historische Ereignis gibt. Erst wenn man das erkennt, kann ein Bewusstsein für die Perspektive des jeweils anderen geschaffen werden. Deshalb erschien es uns wichtig, über die Grenze zu schauen und auch über die Grenze hinweg zu denken.

Vorausgegangen ist diesem Buch ein Schulprojekt. Wir haben mit Lehrpersonen aus Kärnten und Slowenien gearbeitet und gemeinsam nachgedacht, wie sie die Geschichte dieses Grenzraums sehen. Mit welchen historischen Narrativen sind sie aufgewachsen? Was wurde ihnen in der Ausbildung erzählt? Aber auch: Wie wird diese Geschichte heute in den Schulen in Slowenien und Kärnten vermittelt? Wir haben versucht, sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede im Umgang mit der Geschichte dieses Grenzraums herauszuarbeiten, um etwas Verbindendes zu finden. Anschließend wurden auf beiden Seiten der Grenze konkrete Schulprojekte durchgeführt, die wir begleitet und evaluiert haben. Daraus haben wir Leitlinien für eine zeitgemäße historische Bildungsarbeit im Grenzraum erarbeitet und mit Good-Practice-Beispielen angereichert. So wurden unter anderem die 10.-Oktober-Feiern in den Primarstufen analysiert und daraus Vorschläge abgeleitet, wie dieser Tag jenseits vom Vermitteln deutschnationaler Botschaften begangen werden kann.

Wutti: Es ging uns dabei um die Frage, wie Zeitgeschichte aufbereitet werden kann, damit sie auch für Kinder und Jugendliche interessant ist. Jahrzehntlang war die Sichtweise jenseits der Grenze nicht präsent. In Slowenien gibt es ein erinnerungspolitisches Kontrastprogramm zu den 10.-Oktober-Feiern in Kärnten: Seit 2005 erinnert ein eigener Gedenktag an General Rudolf Maister, der nach dem ersten Weltkrieg im Norden Gebietsansprüche der Slowen*innen verteidigte. Gegen seine Truppen kämpften die Kärntner Abwehrkämpfer. Mit dem 10. Oktober und dem General-Maister-Tag wird auf beiden Seiten national ausgrenzend erinnert. Wäre es nicht angemessener, heute die gemeinsame Geschichte inklusiver anzugehen? Aber auch innerhalb Kärntens lernen die meisten jungen Menschen erst an den Hochschulen detailliert über die Kärntner Slowen*innen und Kärntens Zweisprachigkeit – das ist ein Missstand.

Mittlerweile ist das Deutschnationale und Ewiggestrige auch in Kärnten nicht mehr mehrheitsfähig. Das Grenzüberschreitende und der positive Aspekt von Mehrsprachigkeit stehen im Vordergrund. Gerade im Unterricht möchten heute viele Lehrer*innen ein anderes historisches Bewusstsein vermitteln, wissen aber oft nicht, wie. Deshalb braucht es Projekte wie das unsere.

Danglmaier: Ja, ich glaube auch, dass es eine unserer wichtigsten Aufgaben ist, den Lehrer*innen das notwendige Hintergrundwissen zu vermitteln und das vorhandene Wissen zu kontextualisieren. Wir versuchen das auf mehreren Ebenen. Zum Teil im Rahmen von Schulprojekten, aber auch in der Lehrer*innenausbildung an der Universität und an der pädagogischen Hochschule. Bis jetzt war es so, dass sich engagierte Lehrpersonen Wissen selbst aneignen mussten. In unseren Befragungen gaben viele an, ihr Wissen über diese historischen Ereignisse nur zu einem geringen Teil in der Aus- und Fortbildung erworben zu haben. Deshalb sehe ich es als meine Aufgabe, die Studierenden für das Thema „Erinnerungskultur“ zu sensibilisieren. Mit einem fundierten Hintergrundwissen lässt sich besser einordnen, was die Geschichte mit der Gegenwart zu tun hat.

Wutti: Schlussendlich geht es auch darum, dass jungen Menschen in Kärnten in Zukunft ein breiteres Bild der Kärntner Geschichte vermittelt wird als bisher. Darauf haben sie ein Recht.

Transkription: Ebru Uzun

Daniel Wutti: Drei Familien, drei Generationen: Das Trauma des Nationalsozialismus im Leben dreier Generationen von Kärntner SlowenInnen. Drava Verlag 2013.

Daniel Wutti, Nadja Danglmaier & Eva Hartmann (Hg./izd.): Erinnerungskulturen im Grenzraum / Spominske kulture na obmejnem območju. Hermagoras / Mohorjeva 2020.

Die Deportationen der Kärntner Slowen*innen

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten am 12. März 1938 wurde die Germanisierungspolitik in Kärnten gegenüber den Slowen*innen verschärft. Ziel war es, das Slowenische aus der Öffentlichkeit vollkommen zum Verschwinden zu bringen. Folgeschwerer Höhepunkt war die gewaltsame Vertreibung der Kärntner Slowen*innen, die den Nationalsozialisten „die Möglichkeit bot, zwei Probleme mit einem Schlag zu lösen: die Ansiedlung der Karnaltaler Optanten auf deutschem Reichsgebiet und die ‚Bereinigung‘ der leidigen Slowenenfrage“.^[2]

Am 14. und 15. April 1942 wurden innerhalb von nur zwei Tagen mehr als 227 slowenische Familien von ihren Höfen und Wohnungen

vertrieben und in Klagenfurt registriert. In Folge wurden 917 Personen – darunter mehr als die Hälfte Kinder und Jugendliche – in deutsche Lager deportiert.^[3]

Der Überfall der deutschen Wehrmacht 1941 auf Jugoslawien, der für die Kärntner Slowen*innen gravierende Auswirkungen hatte, war diesen Deportationen vorausgegangen. Als Konsequenz wurden slowenische Lehrer und Funktionäre aus dem zweisprachigen Gebiet versetzt. Nahezu alle slowenischen Priester wurden verhaftet, die slowenische Sprache und die Vereine wurden verboten. Über 80.000 Bücher zahlreicher Vereinsbibliotheken wurden verbrannt und deren Vermögen enteignet.

Viele Kärntner Slowen*innen haben sich daraufhin den Partisan*innen

angeschlossen. Kärnten war das einzige Gebiet des heutigen Österreichs, in dem es einen bewaffneten Widerstand gegen die Nationalsozialisten gab. Getragen wurde dieser überwiegend von den Kärntner Slowen*innen.

Nadja Danglmaier, geboren 1982, studierte Pädagogik und Publizistik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. (Schul-)Projekte zu zeitgeschichtlichen Themen sowie Forschungsprojekte und Publikationen zu Nationalsozialismus in Kärnten. Sie ist Mitarbeiterin am Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung der Uni Klagenfurt und Leiterin des Kärntner Netzwerkes von erinnern.at.

Daniel Wutti, geboren 1986, studierte Psychologie sowie Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Promotion in Sozialpsychologie, seit 2021 eingetragener Psychodrama-Psychotherapeut. Wutti ist Hochschulprofessor für Mehrsprachigkeit und interkulturelle Bildung an der Pädagogischen Hochschule Kärnten. Forschungstätigkeiten und Publikationen zu Mehrheiten-/Minderheitenverhältnissen, Psychotraumatologie, trans- und interkultureller Bildung und Mehrsprachigkeit.

^[2] Helena Verdel (2006): Die Kärntner SlowenInnen. In: Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, 1–4.
^[3] Vgl.: Brigitte Entner (2015): Kärntner Slowenen und Sloweninnen – unbekannte / ungeliebte Minderheit im Süden Österreichs. In: Psychologie und Gesellschaftskritik, 39(4), 7–31.



frauen*solidarität
feministisch-entwicklungspolitische
informations- und bildungsarbeit

Bibliothek & Dokumentation

Zeitschrift & Radio

Veranstaltungen & Workshops



Bleiben Sie informiert mit einem Abo!
Jahresabo: ab € 20,- in Print & € 15,- digital.

Bestellungen an:
abo@frauensolidaritaet.org, www.frauensolidaritaet.org

Anzeige

ABO-BESTELLUNG

☐ **MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

ZAHLUNGSART

☐ Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

☐ Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



„Menschenrechte gehen uns alle an. Mir ist die unabhängige Aufbereitung von Menschenrechtsthemen im MO-Magazin von SOS Mitmensch 86 Euro im Jahr wert. Ihnen auch?“

Cornelius Obonya

MO – Die Menschenrechte im Auge behalten!



Anzeige

Geschichtsschreibung anhand fragmentierter Erinnerungen

Das Dokumentationsarchiv Migration Tirol sammelt und archiviert nach wissenschaftlichen Kriterien Migrationsgeschichte(n) in ihren unterschiedlichen Facetten, um sie für die Forschung nutzbar zu machen. Der Fokus liegt auf Migrations- und Fluchtbewegungen nach Österreich seit 1945.

Es sind inzwischen zehn Jahre vergangen, seit Arif Akkılıç und Ljubomir Bratić im Rahmen der Wienwoche 2012 erstmals auf die Notwendigkeit eines Archivs der Migration hingewiesen haben. Die symbolische Forderung nach einem Ort, an welchem Geschichte und Geschichten, die „verloren zu gehen drohen“^[1] aufbewahrt werden, rückte seither immer mehr ins Bewusstsein – und damit auch die Bestrebung, marginalisierte Gruppen wie Migrant*innen, Arbeiter*innen oder Frauen in der Geschichte hör- und sichtbar zu machen.

Anlässlich der Jubiläen der Anwerbeabkommen mit der Türkei (1964/2014) und dem ehemaligen Jugoslawien (1966/2016), aber auch in den Jahren zuvor, wurden österreichweit unterschiedliche Projekte, v. a. Ausstellungen, initiiert. Darüber hinaus gab es einzelne Bestrebungen,

einen Ort für die dauerhafte Aufbewahrung und Erschließung von migrationsgeschichtlichen Quellen zu schaffen. Dazu zählt neben dem Vielfaltenarchiv – Dokumentationsstelle zur Migrationsgeschichte Vorarlbergs (2013) und dem Migrationsarchiv Salzburg (2014) auch das Dokumentationsarchiv Migration Tirol – DAM (2016) –, ein zeithistorisches Archiv mit gesellschaftlichem wie wissenschaftlichem Auftrag. Angesiedelt an der Beratungseinrichtung ZeMiT, der ehemaligen Ausländerberatungsstelle Tirol, wurde das DAM in enger Kooperation zwischen Zivilgesellschaft, der Universität Innsbruck sowie regionalen Archiven und Museen realisiert.

Quellenspeicher Migration

Die Grundlage für den Bestand des Dokumentationsarchivs Migration Tirol bilden schriftliche Dokumente

und weitere Materialien, die im Laufe der Beratungspraxis und der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten des Vereins ZeMiT seit seiner Gründung im Jahr 1985 gesammelt wurden. Sie geben Einblick in Aktionen im Kampf um Rechte von Migrant*innen sowie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Dokumentation und Erhaltung dieser Archivalien ist großteils der Initiative von Gerhard Hetfleisch – Historiker und ehemaliger Geschäftsführer des ZeMiT (1985–2020) – zu verdanken. Die Sammlung inspirierte schließlich die Gründung des DAM. Im Laufe der Zeit wurde der Gesamtbestand durch Schenkungen von Vereinen, Aktivist*innen, Unternehmer*innen und anderen Zeitzeug*innen wie auch durch die aktive Sammeltätigkeit des DAM erweitert.

Heute werfen bisherige Sammlungen ein Licht darauf, welche Quellen bedeutsam sind, um Migration und Migrant*innen in die Geschichte einzuschreiben.^[2] Die Leerstellen in diesen Beständen sind allerdings weitaus größer als das, was bisher archiviert

werden konnte. Das Archiv, das erst seit sechs Jahren in dieser Form existiert, steht noch im Aufbauprozess. Jedoch legt die Auseinandersetzung mit Migrationsgeschichte nahe, dass von der Vorstellung einer lückenlosen Erzählung abgesehen werden muss. Gerade die Geschichte von Migration und Migrant*innen verlangt nach einem transnationalen Verständnis von Geschichte als einer „fragmentierten“, als einer Sammlung von Erinnerungen.^[3] So enthält das DAM bereits relevante Quellen, anhand derer Ausschnitte einer Geschichte der Migration und Migrant*innen geschrieben werden können. Zahlreiche Anfragen von Forschenden aus ganz Österreich machen zudem deutlich, dass das Thema Migration sich als Forschungsgegenstand in vielen wissenschaftlichen Disziplinen etabliert hat.

Unterschiedliche Perspektiven auf die Geschichte

Als eine bedeutsame Quelle sind migrantische und andere im Feld Migration und Flucht tätige Vereine zu nennen. Durch Veranstaltungen, Kundgebungen oder schriftliche Überlieferungen hinterlassen sie Spuren, die Aufschluss über kulturelle und soziale Aktivitäten von Migrant*innen, gesellschaftspolitische Entwicklungen, Netzwerke, Bündnisse und Zerwürfnisse sowie transnationale Verbindungen und Abhängigkeiten geben. Beispielhaft veranschaulicht wird dies anhand von Schriftgut, das dem DAM von Branislav Milutinović, einem langjährigen Funktionär des Vereins Bratsvo und des Dachverbands jugoslawischer Vereine in Tirol, übergeben wurde.

Schon bald nach der Gründung im Jahr 1971 organisierte sich der Verein Bratsvo Innsbruck gemeinsam mit anderen jugoslawischen Vereinen in einem österreichweiten Netzwerk, dem Dachverband jugoslawischer Vereine in Tirol und in Österreich. Ein zentraler Auftrag dieser Vereinigung

^[3]Ebenda, S. 48.

^[4] Bestand Milutinović, Sig. AT-ZEMIT-DAM Schenkung-2.



Ausstellungscontainer auf dem Vorplatz des Tiroler Landestheaters, aus der Schenkung „Warteräume“, 2014. | Foto: Günter R. Wett | Sig. AT-ZEMIT-DAM Schenkung-12-7-2.

war es, mit der Organisation und Durchführung u. a. von Sportveranstaltungen wie der Arbeitersportspiele den in der Diaspora lebenden Staatsbürger*innen das Gefühl der „Brüderlichkeit und Einheit“ zu vermitteln. Im Zuge der Jugoslawienkriege wurde aus dem ehemals eng mit dem Konsulat der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien verknüpften Verein der serbische und schließlich private Kulturverein Bratsvo. Die kleinen Schritte, die zu diesen Umbrüchen führten, lassen sich anhand der Unterlagen nachzeichnen: In den 1980er Jahren sind den Korrespondenzen mit Vereinen im damaligen Jugoslawien Erwähnungen von ethnischen Spannungen zu entnehmen. 1993 schließlich findet sich ein Protestbrief des Tiroler Dachverbands an den damaligen Innsbrucker Bürgermeister Romuald Niescher, der seine Unterstützung für die 14. Arbeitersportspiele aufgrund der Kroatien- und Bosnienkriege absagte. Die Spiele wurden daraufhin als „Friedenssportspiele“

dennoch ausgetragen.^[4] Wie die weitere Entwicklung jedoch zeigt, waren anfängliche Bemühungen der Vereinsvertreter*innen, sich als Vermittler*innen für den Frieden zu engagieren, zum Scheitern verurteilt.

Eine weitere Perspektive auf die Geschichte von Migration und Flucht findet sich in Unterlagen aus Fachbereichen der öffentlichen Verwaltung zu Integration, Diversität oder Interkulturalität. Sie öffnen einerseits den Blick auf Versuche zur Steuerung des Zusammenlebens in der Migrationsgesellschaft, andererseits lassen sie Diskrepanzen zwischen der politischen Ebene und jener der Verwaltung erkennen. Die dem DAM als Handreichung vorliegenden Arbeitsunterlagen von Elfie Fleck, der ehemaligen Sachbearbeiterin und Leiterin des Referats Migration und Schule am Bildungsministerium, sind hier beispielhaft. Die Entwicklung und zunehmende Professionalisierung des muttersprachlichen Unterrichts sowie die Arbeit der

^[1] Dirk Rupnow: Beschäftigung mit Geschichte ist kein Luxus. Wieso Österreich ein „Archiv der Migration“ braucht. In: Stimme. Zeitschrift der Initiative Minderheiten, 89, Winter 2013, S. 9.

^[2] Dirk Rupnow: Repräsentation und Erinnerung der Migration. In: Rupnow et al. (Hg.): Repräsentation und Erinnerung der Migration. Représentation et mémoire de la migration. innsbruck university press, 2021, S. 44.



Fotoansicht Innenraum Flüchtlingsunterkunft Scharnitz/Tirol, aus der Schenkung „Warteräume“, 2012–2014 | Foto: Günter R. Wett | Sig. AT-ZEMIT-DAM Schenkung-12-7-2.

Migrant*innenberatungsstellen an den damaligen Landesschulräten können mittels Tagungs- und Arbeitsunterlagen aus dem Zeitraum 1992 bis 2015 rekonstruiert werden.^[5]

Darüber hinaus stellen einzelne Initiativen, Aktionen, Arbeitskreise und Projekte bedeutsame Quellen zu Migrationsgeschichte dar. Jedoch widersprechen die formalen Rahmenbedingungen wie die finanzielle Förderung oder festgelegte Projektzeiträume in vielen Fällen einer nachhaltigen Sicherung von Materialien. So gehen u. a. wichtige erarbeitete Grundlagen, Methoden und Ergebnisse verloren. Um dem

^[5] Bestand Fleck, Sig. AT-ZEMIT-DAM Schenkung-5.

entgegenzuwirken, bemüht sich das DAM, mit den entsprechenden Akteur*innen in Dialog zu treten. Als ein Beispiel soll das zwischen 2012 und 2014 vom Kunsthistoriker und Mediengestalter Robert Gander und dem Architekturfotografen Günter R. Wett realisierte Ausstellungsprojekt „Warteräume. Eine visuelle Recherche in den Flüchtlingsunterkünften Tirols“ angeführt werden. Die Schenkung enthält neben Fotografien, die Einblicke in die Wohnsituation von Geflüchteten geben, ebenso Interviews, statistische Darstellungen und Realien. Mit der Übergabe der originalen Ausstellungselemente an das Dokumentationsarchiv Migration Tirol konnte der Verlust von spezifischem Wissen verhindert werden.

Neben schriftlichen Zeugnissen spielen persönliche Erinnerungen wie Erzählungen von Zeitzeug*innen für die historische Überlieferung eine wichtige Rolle. Sie geben Einblicke in Lebens-, Arbeits- und Wohnverhältnisse, in die Gestaltung des kulturellen Lebens, Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen und das gesellschaftspolitische Engagement von Migrant*innen. Mit 134 lebensgeschichtlichen Interviews und Expert*innengesprächen dient die Oral-History-Sammlung des DAM als ein Quellenspeicher, der durch persönliche Erinnerungsobjekte, Lebensdokumente und historische Zeugnisse ergänzt wird. Eine besondere Art der persönlichen Erinnerung bildet die Selbstdokumentation der eigenen Fluchterfahrung durch F. Mahdlou. Sie enthält Erinnerungsstücke aus dem Herkunftsland Iran sowie Fotos und Objekte, die seine Flucht nach Österreich dokumentieren. Eine Mandarine ist dabei ein zentrales Element, deren Verfallprozess ein Symbol für das Vergehen der Zeit auf der Flucht und nach der Ankunft in Österreich darstellt: Sie ist ein Geschenk, das F. Mahdlou im Iran erhalten hat. Während seiner Flucht hat er verschiedene Stadien ihres biologischen Verfalls fotografisch aufgezeichnet.

All diese Perspektiven, die sich als eine Auswahl verstehen, liefern Fragmente einer Geschichte von Migration und Flucht. Teilweise widersprechen sie einander und öffnen so den Blick für Konfliktlinien, teils ergänzen sie sich und erlauben einen vollständigeren Blick auf bestimmte Geschehnisse. Diese Fragmente zu Versionen einer gemeinsamen Geschichte zusammen-

zufügen, wird in Zukunft Aufgabe von Historiker*innen sein: Eine Geschichte, die vielfältige Perspektiven zulässt, Raum für neue Erkenntnisse bietet und aus unterschiedlichen Positionen geschrieben wird.

Gemeinsam Geschichte schreiben

Mit einem Archiv, das migrationsgeschichtliche Quellen sammelt und aufbewahrt, ist es natürlich noch nicht getan. Ein besonderes Augenmerk in der Arbeit des Dokumentationsarchivs Migration Tirol liegt darauf, diese Quellen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Online-Archiv des DAM leistet einen wichtigen Beitrag dazu. Darüber hinaus verliert ein Archiv, das nicht kontinuierlich wächst und sich hinterfragt, seine Existenzberechtigung. Dies gilt umso mehr, als wir mit unseren Bemühungen, Geschichte(n) der Migration und Flucht zu sammeln und zu archivieren, erst am Anfang stehen. Somit ist es erforderlich, das

Archiv um weitere Perspektiven, Themenschwerpunkte und Fragestellungen zu erweitern.

Bislang war der Blick in der Praxis des Dokumentationsarchivs Migration Tirol auf Phänomene gerichtet, die in der Vergangenheit liegen und deren Quellen schnellstmöglich gesichert werden müssen. Bei den mündlichen Erinnerungen ehemaliger Arbeitsmigrant*innen, die in den 1970er Jahren nach Tirol migriert sind, war dies besonders dringlich. Die Dokumentation gegenwärtiger Ereignisse ist somit vorerst in den Hintergrund gerückt. Dies macht wiederum die Notwendigkeit einer Dokumentationsstrategie und -praxis, die (migrantische) Vereine, Aktivist*innen und andere Akteur*innen im Bereich Migration, Flucht und Rassismus als Partner*innen miteinbezieht, deutlich.

Fest steht jedenfalls: Eine zentrale Aufgabe des Dokumentationsarchivs Migration Tirol wird es auch weiterhin



Foto „Mandarine“ aus der Teilsammlung F. Mahdlou, 2015 | Foto: Daniel Jarosch | Sig. AT-ZEMIT-DAM Sammlung-2-37-2.

sein, das Archiv als Ort zu positionieren, an dem alle Akteur*innen dazu eingeladen sind, durch das Sammeln und Sichern von aktuellen schriftlichen Unterlagen, Flyern, Fotografien, Plakaten und weiteren Materialien zur zukünftigen Geschichtsschreibung beizutragen.

Christina Hollomey-Gasser ist Sozialanthropologin und Mitarbeiterin des Dokumentationsarchivs Migration Tirol – DAM.

Tuğba Şababoğlu ist Germanistin und Mitarbeiterin des Dokumentationsarchivs Migration Tirol – DAM.

DAM

Dokumentationsarchiv Migration Tirol

Andreas-Hofer-Straße 46
6020 Innsbruck
T +43 512 577 170 - 12
dam@zemit.at
www.dam.tirol

ZUM ONLINE-ARCHIV
archiv.dam.tirol



Anzeige

Anzeige

SPRACH- UNTERSCHIEDE?

Mohamed (32) & Nikolai (29) finden bei Fahrzeugsicherung und Verschub immer die richtigen Worte.

Schau genau hin, bevor du ein Urteil fällst.
#WirSitzenAlleImSelbenZug

HEUTE. FÜR MORGEN. FÜR UNS.



Simone Schönett: *Sobald ich »ich« sage, ist mir nicht mehr zu trauen.* Erzählungen. Wien: Edition Atelier Wien 2022. 168 Seiten; EUR 22,- ISBN: 978-3-99065-082-0

Frauen, Freundschaften, Beziehungsnetze

Im Erzählband von Simone Schönett geht es um Alltagsgeschichten mit Tiefgang. Es geht um (weibliche) Identitäten, Traditionsverbundenheit und gesellschaftliche Verortung.

Simone Schönett, Kärntnerin mit jenischen Wurzeln, beeindruckt seit mehr als zwei Jahrzehnten mit ihrer Literatur. Im Fokus stehen Frauen – Frauen als Mütter, Töchter, Freundinnen oder Partnerinnen. Sprachlich virtuos mit ausdrucksstarken Metaphern gelingt es Schönett, auf wenigen Seiten die Lebenszusammenhänge ihrer Protagonistinnen zu umreißen. Sie hinterfragt mit Ironie aber auch beißendem Humor Beziehungsgeflechte, blickt in menschliche Zwischenräume von Familien-, Freundschafts- und Liebesbeziehungen. Eingefahrene Muster, fragile Freundschaften erfahren Erschütterungen oder kommen zur Auflösung.

In „Abstand“ wird detailreich und humorvoll über eine langjährige Frauenfreundschaft aus Studienzeiten berichtet, die durch unbedachte Äußerungen zerbricht. Dagegen handelt es sich in der „Gastfreundin“ um den verzweiferten Versuch der Protagonistin (oder der Autorin?), einen ungebetenen Besuch loszuwerden, diesem einseitigen, asymmetrischen Verhältnis endlich ein Ende zu setzen! Wie befreiend es sein kann, leidige Verbindungen abzuschneiden, erfahren wir in „Standhalten“: „Fabiolas neuerdings immer militanter werdende Art hatte Betty schon gestern nicht gefallen; mir auch nicht. Doch da, in unserer Küche, durchs Telefon, empfand ich Fabiola als regelrecht bedrohlich. Sie klang wie eine linke Feldmarschallin, fand ich“ (S.48f.).

Hier gerät eine in der Vergangenheit fruchtbare, von gegenseitigen Berufsinteressen und ähnlichem Familientrauma genährte Beziehung zu einem abrupten Abbruch. Genervt von Vorwürfen und politischen Meinungsverschiedenheiten fordert eine der Akteurinnen das Ende geradezu heraus – und empfindet danach große Erleichterung!

In „Kleine Hölle“ oder „Alwine“ geht es um Mutter-Tochter-Beziehungen. In der einen Erzählung liefert die verpatzte Weihnachtsfeier den Handlungshintergrund, in der anderen zieht die Mutter, gestresst durch ihre „nicht gut gelungene, fordernde Tochter“, eine kritische Lebensbilanz. Beide Frauen stürzen ab – mit unterschiedlich schweren Folgen. Einen Absturz anderer Art erleidet ein heterosexuelles Paar in „Trifokal“, als deren intimes Fundament, und parallel dazu eine Männerfreundschaft, ins Wanken gerät.

Verknüpft mit den Haupterzählsträngen ermöglicht die Autorin Einblicke in unterschiedlichste Lebenswelten. Tagesabläufe und Alltagsrituale von Kultur- und Kunstschaffenden kommen zur Sprache, Musikvorlieben und Konzertbesuche von AkteurInnen bereichern die eine oder andere Geschichte. Schönett vagabundiert in diversen Wissensgebieten, beschreibt zum Beispiel Landschaften und Örtlichkeiten. So in „Abstand“ auf der Fahrt nach Triest das Tagliamento-Tal oder in „Die Hölle“ die Gegend rund um den kroatischen Nationalpark Paklenica. Überlegungen zu Naturräumen und Wasser bietet „Ausufernd“. In der surrealen Corona-Geschichte „Fata Morgana im Hochtal“ wird das Leben als Viehhüter auf Almen geschildert. Über andere Nischen- oder Notberufe resümiert in „Arbeitsstriche“ eine Trivialschreiberin. Ihre Gedanken pendeln zwischen ihrer prekären Lage und der Veränderung von Arbeitswelten, von der anachronistischen Romanfabrik zum digitalen Großraumbüro, das verstreut und vernetzt über den ganzen Kontinent, transparent, flexibel – und sehr kontrollierbar ist.

In „Ikonoastase“ kehrt Schönett in der Person von Jana zu ihrem wichtigen Lebensthema zurück. Sie reflektiert

über „den eigenen Sprung in die Dornen“, d. h. ihre Identitätssuche und Auseinandersetzung mit der jenischen Herkunft, den eigenkulturellen Traditionen. Die Protagonistin fürchtet durch ihren so anderen Lebenszusammenhang als „Zwischenweltreisende“, „die lieber liest als unterwegs mit fremden Menschen zu reden“, die Zugehörigkeit zu ihrer Verwandtschaft, zu ihrer Großfamilie, zu verlieren. Das bedeutet Verzicht auf Heimat, auf Geborgenheit. Ihre Ängste kreisen darum, am Verschwinden des Jenischen und ihrer Volksgruppe beteiligt zu sein. Eine mehr als berechtigte Angst wie auch jene, durch frühere Publikationen, eine „jenische Trilogie“, sowohl ihre Großfamilie als auch sich selbst zur Zielscheibe von (ausschließlich?) rechtsextremen Angriffen gemacht zu haben. Gleichzeitig moniert sie, dass ihre Bemühungen, die jenische Bevölkerungsgruppe „aus dem Verborgenen“ herauszuholen, kaum positive Resonanz auslösten.

Den erzählten Allerseelentag – dem Gedenktag an die Vorfahren – verbringt Jana deshalb allein in einer Wohnung statt im Freien mit ihrer Familie. Und sie erinnert sich an ihren Großvater Konratio, der in den letzten Kriegstagen im südlichen Kärnten, haarscharf, zuerst den Nazis und dann den Partisanen entkommen war. Er lehrte seine Nachkommen früh, „dass es immer dann gefährlich wurde, wenn es nur mehr Schwarz-Weiß-Malerei gab, immer dann, wenn genug Leute bereit waren, durchzusetzen, dass nichts ... dazwischen sein sollte“. Ein wichtiges Lebensmotto, ja, eine Weisheit, die in der Vergangenheit, aber auch gegenwärtig zu wenig Beachtung findet! Schon deshalb ist diesem Erzählband viel Beachtung und eine große LeserInnenschaft zu wünschen! ─

Erika Thurner

Das Recht, nicht gehen zu müssen

Wie lässt sich der Diskurs über die Fluchtursachen in den Kontext globaler Ungleichheitsverhältnisse einordnen? Wie instrumentalisiert die EU die Entwicklungszusammenarbeit im Dienst einer Abschottungspolitik? Welche politischen Schritte sind denkbar, um die europäische Migrationspolitik im Sinne einer emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformation zu gestalten? Mit diesen Fragen beschäftigt sich das Buch von Sonja Buckel und Judith Kopp.

Die Autorinnen kritisieren die in europäischen Debatten und Politiken vorherrschende *internalistische* Perspektive auf Fluchtursachen, die ausschließlich in den Herkunftsländern der Geflüchteten verortet werden. Korruption, Bürgerkriege und Armut in den Ländern des globalen Südens dienen in diesen Debatten als Erklärungsfaktoren, um die Fluchtmigration einzeln durch (gescheitertes) „staatliches“ Handeln vor Ort zu erklären. Vielmehr geht es den Autorinnen darum, die Fluchtursachen im Kontext der Nord-Süd-Verhältnisse zu analysieren und gesellschaftliche Zusammenhänge im Sinne einer kritischen Theorie zu thematisieren.

Buckel und Kopp beziehen sich auf das Konzept der „imperialen Produktions- und Lebensweise“ von Ulrich Brand und Markus Wissen. Das ressourcen- und emissionsintensive kapitalistische Wachstumsmodell habe den meisten Bewohner*innen des globalen Nordens einen hohen Lebensstandard ermöglicht, weil die sozial-ökologischen Folgen externalisiert wurden. Die imperiale Lebensweise basiere insofern auf globalen Ungleichheitsverhältnissen und zerstöre die Lebensgrundlagen. In diesem Zusammenhang sehen die Autorinnen die Fluchtmigration als Seismograf. Anhand zweier regionaler Beispiele aus dem globalen Süden, Nigeria und Syrien, beschreiben sie die Verflechtung der Fluchtursachen, die im Kontext polit-ökonomischer und (post-)kolonialer Verhältnisse zu verstehen sind. In diesem Zusammenhang werden exemplarisch

Umweltzerstörung und europäische Handelspolitik diskutiert und die Ursachenkomplexe in asymmetrische Macht- und Herrschaftsverhältnisse im globalen Setting eingebettet.

Im Kapitel „Fluchtursachen: Diskurs und Politiken“ thematisieren die Autorinnen den Widerspruch zwischen globalen Ungleichheitsverhältnissen und nationalstaatlicher Verantwortung. Mit Blick auf die Phase „nach dem langen Sommer der Migration“ zeigen sie eindrucksvoll, wie die Bekämpfung von Fluchtursachen auf die politische Agenda der EU gesetzt wurde. Und sie legen dar, wie der Diskurs der Fluchtursachenbekämpfung in der Entwicklungszusammenarbeit auf EU-Ebene im Dienst der Migrationsverhinderung instrumentalisiert wird: indem die strukturellen globalen Ungleichheitsverhältnisse ausgeblendet werden und stattdessen die Verhinderung von Migration in den Vordergrund rückt.

Buckel und Kopp plädieren dafür, den Kampf für Menschenrechte mit der Frage nach globaler sozialer Gerechtigkeit zu verknüpfen. Dies sei den Akteur*innen der sozialen Bewegungen, NGOs und Gewerkschaften bisher nicht gelungen. Sie zeigen anhand von Beispielen, wie die Migrationspolitik mit der Frage globaler Ungleichheitsverhältnisse verknüpft werden soll. Die Autorinnen verstehen ihr Buch als Intervention in die migrationspolitische Debatte, die im besten Fall den aktuellen hegemonialen Diskurs wenden soll. Aus einer emanzipatorischen Perspektive soll der Fokus

auf „das Recht, nicht gehen zu müssen“ gerichtet sein, um soziale Rechte für alle zu verwirklichen. Dies ist nach der Ansicht der Autorinnen nur möglich, wenn die Fluchtursachen in den globalen Ungleichheitsverhältnissen verortet und die Verantwortung der Länder des globalen Nordens und dessen herrschenden Klassen angesprochen wird. Dies könne nur durch eine enge Zusammenarbeit und Austausch zwischen Wissenschaftler*innen, Gewerkschaften und developmentpolitischen Akteur*innen mit dem Fokus auf Fragen der sozial-ökologischen Transformation realisiert werden.

Die beiden Wissenschaftlerinnen leisten einen authentischen Beitrag zur Debatte über die Fluchtursachen vor dem Hintergrund sozialer Ungleichheit. Dabei benutzen sie vielfältige Quellen und greifen sowohl auf themenbezogene wissenschaftliche Literatur als auch auf NGO-Berichte zurück. Das Buch bietet eine gute Grundlage für weitere konkrete Fallanalysen, um die Verwobenheit der europäischen Politiken (vor allem Wirtschafts-, Handel-, Entwicklungs- und Migrationspolitik) im Zusammenhang von ungleichem Austausch, Klimakrise und Migrationsdynamiken kritisch zu diskutieren. ─

Ilker Ataç



Fluchtursachen. Das Recht, nicht gehen zu müssen, und die Politik Europas. Von: Sonja Buckel und Judith Kopp. Berlin: Bertz + Fischer 2022. 184 Seiten; EUR 18,50 ISBN 978-3-86505-771-6

Ererbte Biografien im Land der Täter:innen

Geschichte und Gegenwart im Blick behalten

Die Auswirkungen von Shoah und Porajmos auf die Nachfolgegenerationen sowie die Forderung nach einer Gedenkpolitik, die keine Opfergruppe exkludiert, sind zentrale Themen in der von der Historikerin Sarah Knoll moderierten Diskussion mit Anna Goldenberg, Peter Schwarz und Samuel Mago.

Peter Schwarz zufolge rühren die unterschiedlichen Zugänge zum Thema von den spezifischen Erfahrungen her, die in den Familien gemacht wurden. Der Grad an erlittener Entwürdigung und das Ausmaß an Handlungsmacht, die sich die jeweiligen Personen erhalten konnten, wirke sich auf den Umgang mit dem Thema und schließlich die Möglichkeiten der zweiten und dritten Generation aus, sich zu positionieren. So waren etwa die Eltern von Schwarz in der britischen Armee und im Widerstand aktiv und konnten diese schreckliche Zeit besser überstehen als viele andere. Sie haben sich auch in der Nachkriegszeit politisch geäußert und ihre jüdische Herkunft nicht geheim gehalten.

Auch mehrere Familienangehörige von Samuel Mago haben sich bereits vor längerer Zeit dazu entschieden, politisch aktiv und als Roma- und Romnja-Aktivist*innen öffentlich sichtbar zu werden.^[1] Anna Goldenberg hingegen hatte in ihrer Familie

Wie wirkt sich die nationalsozialistische Verfolgung und Vernichtung auf die Nachfahren der Opfergruppen aus? Am 8. November 2021 diskutierten die Journalistin Anna Goldenberg, der Schriftsteller und Roma-Aktivist Samuel Mago und Peter Schwarz, Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten, im Republikanischen Club Wien. Die Radio-Stimme-Sendung anhand von Aufnahmen der VON-UNTEN-Redaktion von Radio Helsinki entstand im Februar 2022. Eine Nachlese.



zunächst einen vorsichtigeren Umgang mit dem Thema erlebt. Die herrschende latente Angst fasst Goldenberg folgendermaßen zusammen: „Wenn wir es

vermeiden konnten, dann haben wir besser nicht erwähnt, dass wir Juden sind. Denn man weiß ja nicht, was die Leute dann zu Hause reden.“ Nachdem Goldenberg

als Journalistin im englischsprachigen Ausland auf andere Formen der Gedenkkultur und Auseinandersetzung mit dem Erbe der Shoah traf – und ihre zur Zeit der Aufnahme 92-jährige Großmutter als Zeitzeugin aktiv wurde –, hat sich ihr Verhältnis dazu stark verändert. Goldenberg begann schließlich, zu ihrer Familiengeschichte zu publizieren.

Kritik an aktueller Gedenkpolitik

Hinter der Entstehung von Mahnmalen liegen oft langwierige bürokratische Prozesse, manchmal auch politische Willkür wie beispielsweise bei der Entstehung der neuen Namensmauern für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus am Ostarrichi-Platz in Wien. Goldenberg, Mago und Schwarz kritisieren insbesondere das Fehlen einer breiten gesellschaftlichen Diskussion, eines erkennbaren didaktischen Konzepts und die exkludierende Gedenkpolitik, die zur Entstehung einer Hierarchie zwischen den Opfergruppen beiträgt.

Das Projekt „Shoah-Namensmauern-Gedenkstätte“ wurde von der türkis-blauen Regierung Kurz I als Feigenblatt für die Koalition mit den Freiheitlichen instrumentalisiert – die lang gehegte und wichtige Forderung nach einem zentraleren

und sichtbarer Mahnmal damit für die PR-Agenden der ÖVP vereinnahmt, um ihre neuen Partner aus der extremen Rechten vor allem auf internationalem Parkett salonfähig zu halten.^[2] In den eineinhalb Jahren der türkis-blauen Koalition kam es immerhin zu ca. 70 sogenannten „Einzelfällen“ rassistischer oder antisemitischer Äußerungen aus dem FPÖ-Umfeld.^[3]

Das Thema der exkludierenden Gedenkpolitik wurde in der Diskussion vor allem von Peter Schwarz eingebracht, für den es unverstänglich ist, warum nicht neben Jüdinnen und Juden auch weitere Opfergruppen für die Namensmauern berücksichtigt wurden und warum zwischen Opfergruppen so stark unterschieden wird, wenn doch alle „auf den gleichen Pritschen gelegen sind“. In diesem Zusammenhang erwähnt Schwarz die behinderten Kinder und Jugend-

lichen des Spiegelgrunds, die der Euthanasie-Gesetzgebung der Nazis zum Opfer fielen, oder Kärntner Slowen*innen, die als ethnische Minderheit, aber auch als Partisan*innen verfolgt wurden und erst durch die Arbeit von ESRA als Opfergruppen Anerkennung gefunden haben. Genauso fehlen Mahnmale für als „Sodomiten“ und „Asoziale“ verunglimpfte und ermordete LGBTIQ*+- Personen, für alle politisch Widerständigen der linken, antifaschistischen und pazifistischen Fraktionen und Bewegungen und für jene Personen, die sich aus christlichen Überzeugungen gegen die Nazis stellten, auch gegen das bleierne Schweigen ihrer eigenen Kirchen.

Vor diesem Hintergrund kritisiert Samuel Mago das Fehlen eines zentralen Mahnmals für Rom*nja und Sinti*ze in der Hauptstadt. Sowohl in Berlin als auch in Budapest stehen Mahnmale für die im Nationalsozialis-

mus ermordeten Rom*nja und Sinti*ze Europas, nicht aber in Wien. Außerdem ist die Republik säumig in Bezug auf die offizielle Anerkennung des 2. August als internationaler Gedenktag für Rom*nja und Sinti*ze.

Zweite und dritte Generation als „Zweitzeug*innen“

In absehbarer Zeit werden auch die letzten Überlebenden der Shoah und des Porajmos sterben. Die Rolle der zweiten und dritten Generation ihrer Nachfahren rückt damit immer mehr in den Fokus aktueller Gedenkkultur. Anna Goldenberg weist auf die Notwendigkeit hin, diese in die Vermittlungsarbeit zu involvieren. Dieser Übergang dürfe nicht verpasst werden, denn die empathische Ansprache durch Personen, deren Biografien von diesen furchtbaren Verbrechen geprägt wurden, mache es ungleich leichter, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Gedenkkultur solle aber kein Selbstzweck sein. Nicht nur der Blick in die Vergangenheit sei relevant, dieser solle den Blick für aktuelle Entwicklungen schärfen, ergänzt Pe-

ter Schwarz. Nicht zuletzt sollte eine Gedenkkultur, die diese Bezeichnung auch verdient – und wirklich Lehren aus der Vergangenheit ziehen will –, Verbindungen zum gesellschaftlichen Umgang mit aktuell entrechteten und von Gewalt bedrohten Menschen, vor allem mit Geflüchteten und Asylsuchenden, im Hier und Jetzt erkennen.

Anna Goldenberg, geboren 1989 in Wien, ist Autorin des Buches „Versteckte Jahre: Der Mann, der meinen Großvater rettete“ (Paul Zsolnay Verlag 2018). Sie arbeitet als Journalistin für die Tageszeitung *Die Presse*, die Wochenzeitung *Falter* und die US-amerikanische Zeitschrift *The Atlantic*.

Samuel Mago, geboren 1996 in Budapest, lebt seit 2000 in Wien. Der Schriftsteller, Künstler, Roma-Aktivist und Vizepräsident der HÖR, Hochschüler*innenschaft Österreichischer Roma und Romnja, arbeitet für den ORF und hat ebenfalls zu seiner Familiengeschichte publiziert.

Peter Schwarz war bis Februar 2022 Geschäftsführer von ESRA, dem psychosozialen Zentrum für NS-Überlebende, jüdische Migrant*innen und die jüdische Bevölkerung Wiens. Seit 1972 aktiv in jüdischen (Jugend-) Organisationen, war er 1996/97 Referent im Grünen Parlamentsklub mit dem Schwerpunkt Aufarbeitung der Folgen der Verfolgung von Menschen durch das NS-Regime. Schwarz ist Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten.

Melanie Konrad ist Redakteurin bei Radio Stimme.



das politische magazin
abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet

www.radiostimme.at

RADIO STIMME
DIE SENDUNG FÜR KOPFHÖRER*INNEN

Wien	Orange 94.0
Innsbruck	FREIRAD
Graz	Radio Helsinki
Kärnten / Koroška	Radio AGORA
Bludenz	Radio Proton
Salzburg	Radiofabrik
Linz	Radio FRO
Salzkammergut	Freies Radio Salzkammergut
Kremstal	Freies Radio B138
Oberpullendorf	Radio OP

Eine Generalblamage des Staates

In einer trüben Stunde ließ Herr Groll einige Aspekte der letzten dreißig Jahre an sich vorüberziehen. So dachte er auch an die **Initiative Minderheiten** (IM). Als diese 1991 in Innsbruck und in Wien gegründet wurde, konnte niemand ahnen, dass sich aus der kleinen Runde engagierter Personen im Lauf der Jahre eine NGO entwickeln sollte, die auf eine vorbildliche beachtliche zivilgesellschaftliche Arbeit verweisen kann.

Die Grünen waren nach den Kämpfen um Hainburg erstmals ins Parlament gewählt worden. Eine Mitstreiterin der IM, Alev Korun, wechselte um die Nullerjahre als Abgeordnete der Grünen in den Nationalrat und war dort eine umtriebige Anlaufstelle für Minderheitenfragen. ÖVP und SPÖ lagen damals in den letzten Zügen einer von gegenseitiger Abneigung und fortgesetzten Blockaden geprägten Koalition. Und Jörg Haider, der 1986 die Macht in der FPÖ übernommen hatte, baute die einstige Honoratiorenpartei mehr und mehr zu einer rechtspopulistischen Krawallpartei um, deren rechtsextremer Rand bei der SA und NSDAP anknüpfte und in dafür anfälligen ländlichen Regionen, aber auch unter den Krisenverlierern der großen Städte hohe Stimmanteile bei Wahlen aller Art lukrierte. Haider schaffte es, der Sozialdemokratie ihre Arbeiterbasis abspenstig zu machen – die SPÖ lieferte mit der kriminellen Pleite von Konsum und BAWAG und der Verscherbeltung der verstaatlichten Industrie die Munition für dieses größte Wähleraustauschmanöver der Zweiten Republik. Seither ist die österreichische Arbeiterklasse ins rechte bis rechtsextreme Lager gewandert, die FPÖ ist *die* Arbeiterpartei. Und aus dem Zweieinhalb-Parteiensystem wurde ein System mit drei Mittelparteien mit einem grünen Einsprengsel. Nach dem bizarren Kurz-Intermezzo bewegen wir uns derzeit auf eine Neuaufgabe dieser Konstellation zu. Schließlich sorgte die „Waldheim-Affäre“ noch für die historische Unterfütterung der Rechtsentwicklung.

In diesen Jahren eine minderheitenorientierte NGO zu gründen, war ein mutiges und höchst notwendiges Unterfangen. Es war eine Manifestation der Zivilgesellschaft im besten Sinn.

Zu den Umbrüchen auf der politischen Oberfläche gesellte sich eine europaweit einzigartige Versäulung der

Gesellschaft. Sämtliche Lebensbereiche werden durch ständische Strukturen wie Bünde und Kammern und eines auf Klientelwesen und Politfolklore basierenden Föderalismus durchdrungen. Somit erwies sich der Unterbau der österreichischen Gesellschaft, der „erweiterte“ Staat, als immobil und starr. Die Kräfte der Beharrung waren und sind unüberwindlich. So dümpelt eine sedierte Gesellschaft vor sich hin, die Neues als bedrohlich empfindet und darin von Staatsbürokratie angefeuert wird. Die Medienkonzentration, getragen von kirchlichen und agrarfinanziellen Machtblöcken, ist die höchste in der EU, nirgendwo gibt es weniger Tageszeitungen. Und der ORF erweist sich als intransparenter Monopolist, der die Fassade für Nepotismus, Postenschacher und schamlose politische Einflussnahme darstellt.

Österreich ist das einzige europäische Land, in dem es noch ein Amtsgeheimnis gibt. In Schweden sind die Steuer- und Einkommensakte jedes Bürgers im Internet einsehbar. In Österreich weiß die BILLA-Kassierin nicht, wie viel ihr jüngerer Kollege an der Nebenkasse verdient. Durch die gesetzlich fixierte Geheimniskrämerei kann das Behördenhandeln nicht nachverfolgt und nicht beeinträchtigt werden. In der Praxis sind Beschwerden Petitionen gleichgestellt und haben keine Erfolgsaussicht. Bedenkt man die Abhängigkeit vieler wichtiger NGOs von staatlichen Subventionen und Förderungen, ist dieser Zusammenhang fatal. Demokratie bedarf nämlich einer *gesetzlich garantierten Förderung von Widerspruch*. In Österreich aber werden – wie im Falle der IM – selbst bereits zugesagte Gelder nicht ausbezahlt. Damit wird der ohnehin breite Weg in eine autoritäre Politik zu einer Autobahn, die in die engsten Kreise der Macht führt. Dieses Lehrstück wird in den mittel- und osteuropäischen Staaten seit längerem in Szene gesetzt. Neuerdings reiht sich auch Italien in den *cordon scandaleux* ein.

Damit hatte Herr Groll für sich die Frage beantwortet, ob die **Initiative Minderheiten** noch eine Existenzberechtigung hat. Er beschloss, sich für die Gedankenarbeit mit einem Glas Blauburger des Weinguts Fegerl in Deinzendorf bei Retz zu belohnen.



Die **INITIATIVE MINDERHEITEN** steht unmittelbar vor dem Aus.
Eine wichtige **STIMME** der Zivilgesellschaft droht nach 31 Jahren zu verstummen.

Wir brauchen dringend Unterstützung!



- Bitte zögern Sie nicht,
 ▶ zu spenden,
 ▶ **STIMME** zu abonnieren und Abos zu verschenken,
 ▶ förderndes Mitglied der **INITIATIVE MINDERHEITEN** zu werden.

Damit sich die **INITIATIVE MINDERHEITEN** und die **STIMME** – das einzige minderheitenübergreifende Magazin in Österreich – auch in Zukunft für die Stärkung von Minderheitenrechten einsetzen können.

	EUR
Jahresabo STIMME	20,-
Zweijahresabo STIMME	38,-
Jahresabo Ausland	30,-
Zweijahresabo Ausland	58,-
Mitgliedsbeitrag jährlich IM	25,-
Fördermitgliedsbeitrag jährlich IM	ab 100,-

Aboservice: abo@initiative.minderheiten.at

Bankverbindung:
Erste Bank
 IBAN: AT60 2011 1838 2586 9200
 BIC: GIBAATWWXXX
 Lautend auf:
Initiative Minderheiten



» die nächste **stimme** erscheint im März 2023



 **Bundesministerium**
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

 **Bundesministerium**
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

 **Stadt
Wien**
Kultur

 **Kulturland
Burgenland**


tirol
Unser Land